Die Lehren des Vorsitzenden Mao Tsetung über die Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus sind unvergänglich! Seite 10/11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 43 vom 23. Oktober 1976 — 10. Jahrgang — 50 Pfennig

Stahltarifrunde

IGM- und D'K'P-Parolen sollen Arbeiter vom Kampf abhalten

Für die Stahlarbeiter geht es in der Tarifrunde darum, sich gegen den weiteren Abbau ihres Reallohnes, gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer Lebenslage zu wehren. Es geht für sie darum, für eine wirkliche Lohnerhöhung zu kämpfen und gleichzeitig ihre Kampfkraft zu stärken, um den Angriffen der Stahlkapitalisten in Form von Rationalisierung, Verschärfung der Arbeitshetze, Kurzarbeit und Entlassungen besser begegnen zu können.

Erinnern wir uns: Im letzten Jahr sprachen die DGB-Bonzen immer von der „Notwendigkeit", durch einen „wirtschaftlich vertretbaren" Tarifabschluß — im Klartext: durch Abbau des Reallohnes — „einen Beitrag zur Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität zu leisten". Damit hatten sie damals den unverschämten 5%-Lohnraubabschluß gerechtfertigt.

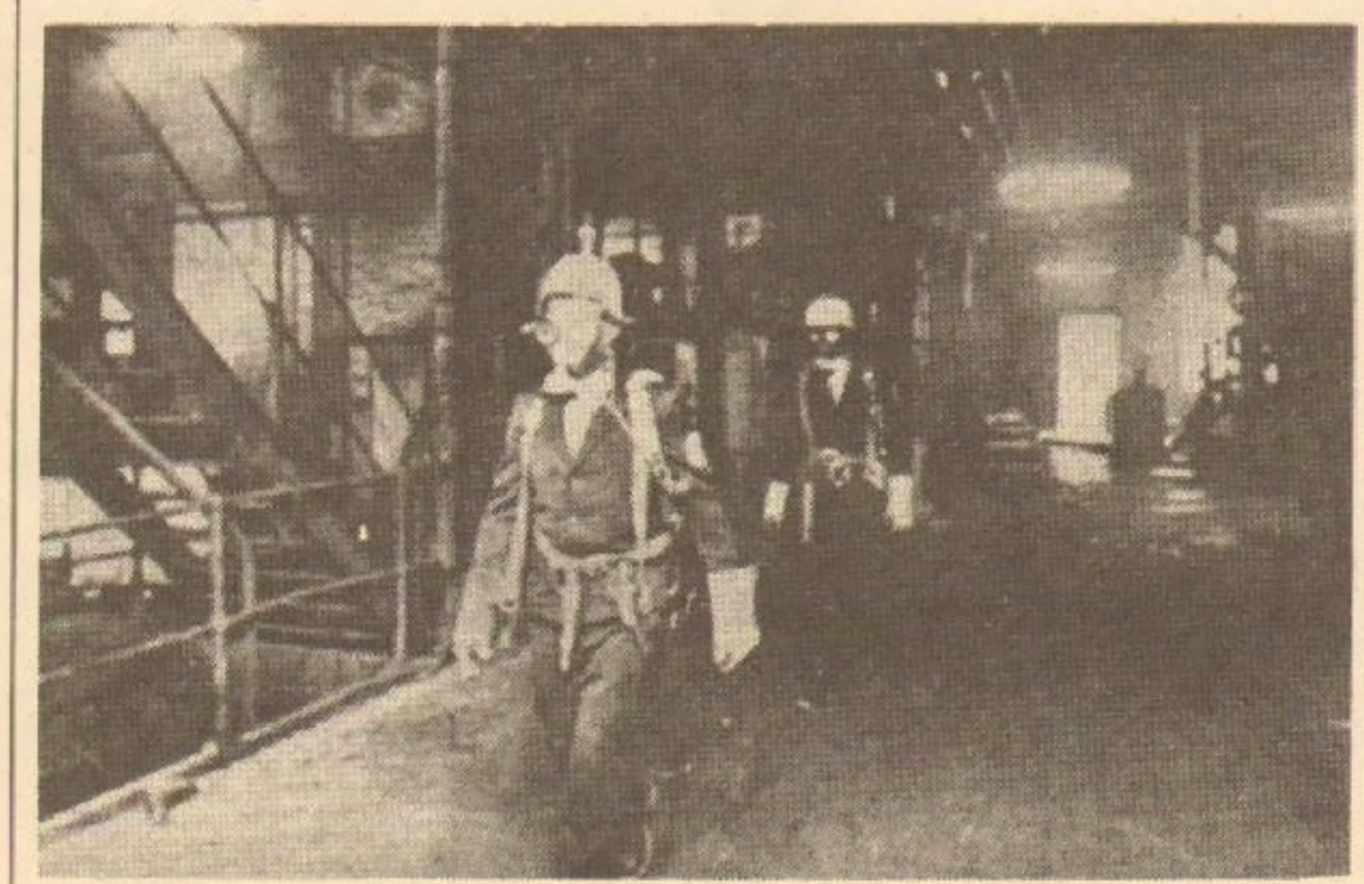
Und wie sieht es heute mit der „wirtschaftlichen Stabilität" aus? Die Monopolkapitalisten haben, das soll nicht bezweifelt werden, enorme Profite kassiert. Mannesmann beispielsweise hat seinen größten Profit seit Jahrzehnten gemacht und neben einer Dividende von 14% einen zusätzlichen Sonderbonus von 2% an die Aktionäre ausgeschüttet. Aber wie sieht es für uns Arbeiter und kleinen Angestellten aus? Wir mußten erhebliche Lohneinbußen in Kauf nehmen. Durch Entlassungen, Kurzarbeit, Rationalisierung und Verschärfung der Arbeitshetze verschärft. Und für uns ist die wirtschaftliche Lage und die Zukunft heute mindestens so düster und sorgenerweckend wie ein Jahr zuvor. Wieder stehen im Eisen- und Stahlbereich Kurzarbeit, Entlassungen und Rationalisierungsangriffe der Kapitalisten auf der Tagesordnung. Die Arbeitsplätze sind um keinen Deut sicherer.

Diesmal reden die DGB-Bonzen nicht mehr so offen davon, daß sie „im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung" Zurückhaltung in den Lohnforderungen üben wollen. Aber davon sollte sich niemand täuschen lassen. Auch in dieser Tarifrunde geht es diesen Herren einzig und allein darum, uns am konsequenten Kampf für unsere Interessen zu hindern und uns wieder einen Lohnraubabschluß aufzuzwingen. Welche Taktik sie dabei verfolgen, läßt sich schon ziemlich klar absehen: Sie haben ein sogenanntes „Paket" mit verschiedenen Schwerpunktforderungen ausgetüftelt in der Absicht, uns von der Erhöhung der Tariflöhne abzulenken und verschiedenartige Forderungen gegeneinander auszuspielen. So haben sie z.B. angekündigt, daß sie die Tarife für die stahltypischen Zuschläge (Schichtzulagen) zum gleichen Zeitpunkt wie die Tarifverträge über Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung, zum 31. Oktober, kündigen wollen. Weitere Forderungen, die gleichzeitig aufgestellt werden, beziehen sich auf die Verlängerung des Tarifurlaubs und auf die Aufstockung der sogenannten „vermögenswirksamen Leistungen" auf 624 DM. Hinzu kommt noch die spektakulär klingende Forderung nach Einführung eines „gleichbleibenden Monatslohns" für Arbeiter, hinter der sich nichts anderes verbirgt, als eine Umstellung der Lohnabrechnung, die für die Kapitalisten praktisch eine sehr nützliche Rationalisierungsmaßnahme darstellt.

Die Bonzen des IGM-Apparates wissen sehr wohl, daß die große Mehrheit der Arbeiter und kleinen Angestellten ihnen nicht über den Weg trauen. Um dieses Mißtrauen zu schwächen, lassen die Bonzen jetzt verstärkt scheinradikale Slogans vom Stapel. So tönte Loderer vor kurzem: „Wir müssen überlegen, wie der Trend zugunsten der Gewinne gebremst wird." Aber so radikal solche Sprüche auch klingen, so sind sie doch nur darauf berechnet, unter den Massen Illusionen über den Kapitalismus zu schüren und dadurch unsere Kampfkraft zu untergraben. Denn im Kapitalismus kann „der Trend", daß immer größere Profite aus der Arbeiterklasse herausgepreßt werden, daß die Verelendung in der Arbeiterklasse zunimmt, während die Kapitalistenklasse noch größere Reichtümer zusammenrafft und die Ausbeutung immer mehr verschärft wird, nicht gestoppt werden.

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

Giftgasunfälle bei Cassella Seite 5



Zu mehreren Giftgasunfällen kam es Anfang des Monats bei Casella. Die Giftgaswolke gefährdete nicht nur die Kollegen sondern auch die Bevölkerung von Frankfurt.

Zu den Ereignissen in der VR China

An der Diktatur des Proletariats festhalten

Wilde Spekulationen über Vorgänge in der Volksrepublik China, die bei Redaktionsschluß weder von der Nachrichtenagentur Hsinhua noch von Radio Peking bestätigt oder dementiert wurden, füllen zur Zeit die Spalten der bürgerlichen Presse. Einhellig geht die Hoffnung der imperialistischen Soldschreiber dahin, die Vertreter der korrekten Linie Mao Tsetungs, der Diktatur des Proletariats, könnten eine Niederlage erleiden, während „die Rechten", die kapitalistischen Machthaber in der Partei, einen Sieg erringen könnten.

Wie schon Genosse Ernst Aust in seiner Gedenkrede zum Tode des Genossen Mao Tsetung sagte, ist es „sicher, daß gewisse Kräfte, Konterrevolutionäre, Revisionisten und Renegaten, aus ihren Löchern hervorkriechen werden, daß sie unter Berufung auf die Lehre Mao Tsetungs versuchen werden, wie sie es schon mit den Lehren von Marx und Lenin taten, diese ihres revolutionären Inhalts zu berauben." Dies ist schneller geschehen, als wir dachten. Offensichtlich tobt in der VR China ein heftiger Kampf zweier Linien und mit allen Revolutionären und Völkern der Welt hoffen wir auf den Sieg der korrekten Linie Mao Tsetungs.

(siehe Seite 10/11)

Völkermord im Libanon

Die zwei Supermächte sind die Drahtzieher

Die Ereignisse im Libanon spitzen sich immer mehr zu. Kein Teil des Landes, kaum eine Stadt, wo nicht die Kräfte der libanesischen Reaktion zusammen mit den syrischen Interventionstruppen mit wärmster Unterstützung der israelischen Zionisten gegen das palästinensische Volk vor allem in den großen Lagern mit brutaler Aggression vorgehen. Über 50 Waffenstillstandsabkommen sind inzwischen gebrochen worden.



Palästinensische Kämpfer haben einen syrischen Panzer sowjetischer Herkunft außer Gefecht gesetzt.

Entgegen allen Versicherungen, lediglich Frieden stiften zu wollen, sind die syrischen Interventionstruppen im Libanon laufend verstärkt worden und zu immer offeneren Angriffen auf die Städte übergegangen, in denen sich die Palästinenser gegen die Reaktion verteidigen. Das Ziel dieser Großoffensive verhehlen die libanesischen Reaktionäre dabei keineswegs. Ihnen geht es um die blutige Niederschlagung der bewaffnet kämpfenden palästinensischen Revolution zur Befreiung der von den israelischen Zionisten besetzten Heimat. So erklärte vor kurzem ein Sprecher der libanesischen Reaktion, es sei jetzt an der Zeit, den Libanon vollständig von den Palästinensern zu „befreien". Entsprechend wird im ganzen Land eine breit angelegte Hatz gegen das palästinensische Volk durchgeführt. Die mutigen palästinensischen Kämpfer, die ihre Familien, ihre wenige Habe, ihr Leben mit der Waffe in der Hand verteidigen, werden brutal gemordet. Frauen und Kinder werden auf grausamste Weise mißhandelt und umgebracht. Der Sturm der Reaktion auf das Palästinenserlager Tel Al-Saatar hat einen Eindruck von dem grausamen Vorgehen der Reaktion gegeben.

Die gegenwärtige breite Offensive der Reaktion, die einen Waffenstillstand nach dem anderen bricht, zeigt, daß die libanesische Reaktion offen Hand in Hand mit den israelischen Zionisten gegen das palästinensische Volk vorgeht. So sind

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

DDR-"Wahlen": "Sozialistische Demokratie"?

Sozialfaschistische Wahlfarce

Am 17. Oktober haben in der DDR „Wahlen" zur Volkskammer stattgefunden. Ihr Ergebnis war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Aber um eine Voraussage zu wagen, braucht man kein Prophet zu sein: Mit Sicherheit werden über 99% der Stimmen für die „Nationale Front" ausgezählt werden. Aber diese 99% sind nicht etwa, wie es die revisionistischen Machthaber in der DDR gerne glauben machen wollen, ein Zeichen der Verbundenheit der Werktätigen mit den Honecker und Co., noch gar Beweis für die Überlegenheit der angeblichen sozialistischen Demokratie. Die Wahlen in der DDR sind aber in Wirklichkeit eine Wahlfarce, die unter den Bedingungen einer grausamen sozialfaschistischen Diktatur der neuen Ausbeuterklasse über das Volk abgehalten worden sind.

Landauf, landab sind die revisionistischen Bonzen in den Wochen vor dem 17. Oktober durch die DDR gefahren. Sie tauchten in Betrieben, Wohnversammlungen und Dörfern auf, um ihre Verbundenheit mit den Werktätigen zu demonstrieren. Die revisionistischen Zeitungsschreiber präsentierten die Kandidaten als „Menschen aus dem Volk" und lobten in den höchsten Tönen die Tatsache, daß die Kandidaten nach einer Aussprache mit ihren Arbeitskollegen gewählt worden seien. Immer und immer wieder priesen sie anhand dieser Beispiele die angebliche Überlegenheit ihrer sogenannten „sozialistischen Demokratie". In Wirklichkeit war das nichts als ein Betrug, um den Werktätigen der DDR die sozialfaschistische Diktatur der neuen Ausbeuterklasse als Sozialismus zu verkaufen.

„Die Revisionisten", sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede am 3. Oktober 1974, „auch sie reden von Demokratie, sogar von ‚sozialistischer' Demokratie. Aber was für eine Demokratie kann das sein, wenn die Arbeiter und Bauern durch die machthabende Bürokratenkaste unterdrückt und ausgebeutet werden, wenn, wie in Polen, die Panzer gegen die Arbeiter gelenkt werden, wenn, wie in der Tschechoslowakei, Regierung und Parlament von ausländischen Invasoren gebildet und gestürzt werden, wenn, wie in der Sowjetunion, die Nationen und Völker durch den großrussischen Chauvinismus erwürgt werden?"

Natürlich wurden die Kandidaten der „Nationalen Front" nicht von ihren Kollegen aufgestellt – diese hatten lediglich zuzustimmen –, sondern von den revisionistischen Machthabern selbst. Über die Wahl eines Jochen Thiele im Braunkohlenkombinat Regis heißt es z. B. im „Neuen Deutschland": „Viele Worte wurden darüber nicht verloren ..."

Und worin bestanden in Wirklichkeit die zahllosen „Volksaussprachen"? Entsprechend dem zentralen Wahlaufruf: „Mit erfüllten Plänen zur Wahlurne!" nutzten die revisionistischen Bonzen diese Versammlungen, um die Werktätigen noch mehr zur Arbeit anzutreiben. So versuchten sie die Wahlen dazu auszunutzen, den Werktätigen der DDR die verschärfte Ausbeutung schmackhaft zu machen. Typisch dafür ist ein Besuch des revisionistischen Bonzen Naumann in einem Lehrlingskollektiv. „Wir aus unserem Lehrlingskollektiv", heißt es dazu in einem Bericht des „Neuen Deutschland", „sind Erstwähler und gewillt, mehr Verantwortung zu übernehmen." Darauf Naumann: „Diese Haltung kann man nur unterstützen, denn daraus erwächst die Bereitschaft, täglich gut zu arbeiten ..."

Die modernen Revisionisten der SED haben die ehemaligen Organisationen des Proletariats in Instrumente seiner Unterdrückung verwandelt. In den Händen der neuen Bourgeoisie wurde die Volkskammer von einem Organ der Arbeiter- und Bauernmacht zu einer Attrappe, die lediglich die Aufgabe hat, den Beschlüssen der revisionistischen Machthaber zu applaudieren. Solange die neue Bourgeoisie auf den Bajonetten der russischen Sozialimperialisten in der DDR über die Werktätigen herrscht und sie ausbeutet, kann es dort für die breiten Massen keine Demokratie geben. „**Nur die Revolution und die Diktatur des Proletariats**", sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede am 3. Oktober 1974, „**sichern den breiten werktätigen Massen die Möglichkeit, an der Leitung des Lebens der Gesellschaft teilzunehmen, ihr Wort zur Innen- und Außenpolitik des Staates zu sagen, wirklich demokratische Freiheiten und Rechte zu genießen.**"

Unter der Führung ihrer kommunistischen Partei, der Sektion DDR der KPD/ML, wird die Arbeiterklasse der DDR im Bündnis mit den breiten Massen der Werktätigen das sozialfaschistische Ausbeuterregime der neuen Zaren im Kreml und ihrer Handlanger durch die sozialistische Revolution stürzen. Erst dann, wenn die Diktatur des Proletariats in der DDR wiedererrichtet ist, wird es auch eine wahrhaftige sozialistische Demokratie für die Werktätigen geben.

Die zwei Supermächte sind die Drahtzieher

Fortsetzung von Seite 1

die Truppen der libanesischen Reaktion und der syrischen Intervention vor den Hafenstädten Saida und Tyra in den letzten Tagen zum Sturm auf beide Städte verstärkt worden. Denn diese Hafenstädte bedeuten für die Palästinenser, daß sie weiterhin Versorgungsmittel und Waffen erhalten können, um sich zu verteidigen. Das wissen auch die israelischen Zionisten genau. Sie haben bereits seit Wochen ihre Flotte ständig vor den beiden Häfen kreuzen lassen, haben Schiffe gekapert oder gerammt, Schiffe gewaltsam entführt und deren Mannschaften in Gefängnisse geworfen. Die Zusammenarbeit von libanesischer Reaktion und israelischen Zionisten beweist auch das Vorgehen im Südlibanon, in der Gegend Arkub. Wie es in einem Kommunique der palästinensischen Befreiungsfront heißt, haben Truppen der Reaktion dort begonnen, Lager der Befreiungsfront anzugreifen und zu überfallen. Dabei wurde ihnen von Artillerie- und Raketenstellungen der israelischen Zionisten massiver Feuerschutz gegeben.

Während so die Feinde des revolutionären Befreiungskampfes gemeinsam gegen das palästinensische Volk vorgehen, sind es vor allem die beiden imperialistischen Supermächte, der USA-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus, die davon profitieren. Sie, die sich als Friedensstifter, als Schiedsrichter und Schlichter aufspielen, sind es vor allem, die die Widersprüche anheizen, die Reaktion aufhetzen und die israelischen Zionisten bei ihren Aggressionen ermutigen. Sie versuchen, diesen Konflikt im Nahen Osten auf den Weg ihrer imperialistischen Interessen zu führen. In Moskau wie in Washington versucht man, den Konflikt auszuweiten, in immer mehr arabischen Ländern Unruhe zu schaffen, die Spaltung zwischen den arabischen Ländern zu vertiefen, um sich so immer mehr in die Rolle des Schiedsrichters, des Allmächtigen in dieser Auseinandersetzung zu drängen.

Worauf laufen denn die sogenannten „Friedenspläne" aus Moskau und Washington, die sie beide in heftiger Konkurrenz zueinander anpreisen, hinaus? Die russischen Sozialimperialisten fordern die Durchführung ihrer Genfer Konferenz, bei der auch die israelischen Zionisten geladen werden. Sie sollen nicht etwa als Aggressoren und Mörder des palästinensischen und aller arabischen Völker, sondern als „gleichberechtigte Partei" behandelt werden. Nach dem Motto: gleiches Recht für den Mörder wie für das Opfer. Für die israelischen Zionisten bedeutet das eine direkte Ermutigung, ihre Aggressionen, ihren Völkermord gegen das palästinensische wie gegen alle arabischen Völker fortzuführen. Nicht anders ist der amerikanische Plan des ständigen Libanon-Reisenden Dean Brown. Er sieht ebenfalls die Gleichbehandlung von Verbrecher und Opfer vor – nur heißt es bei den US-Imperialisten „Politik der kleinen Schritte". Der eine wie der andere Plan richtet sich gegen den gerechten Befreiungskampf der arabischen Völker und stützt deren Erzfeinde, die israelischen Zionisten. Den Befreiungskampf der arabischen Völker zu ersticken, durch Aufstachelung und Anheizen Araber gegen Araber zu hetzen, darauf zielen die Aktivitäten der beiden Supermächte im Libanon wie im ganzen Nahen Osten ab. Damit hoffen beide Supermächte, die arabischen Völker daran zu hindern, sich an der Hauptfront zu vereinigen, um die von den israelischen Zionisten besetzten Gebiete zu befreien und die beiden Supermächte aus dem Nahen Osten zu verjagen.

Das palästinensische Volk aber ist nicht bereit, seinen revolutionären Befreiungskampf den Interessen der beiden Supermächte preiszugeben. Vielmehr hat es in den von den Zionisten okkupierten Gebieten seinen Kampf verstärkt und immer größere Erfolge errungen. Das ist auch der Grund, warum die US-Imperialisten wie auch die russischen Sozialimperialisten insbesondere gegen das palästinensische Volk vorgehen und alle Kräfte der Reaktion gegen dessen Befreiungskampf aufstacheln. Die Lage für das palästinensische Volk ist außerordentlich schwer. Doch seinen Kampf wird es niemals aufgeben. Es wird vielmehr im Vertrauen auf die eigene Kraft sich in seinem gerechten Kampf noch enger zusammenschließen und mit Unterstützung der Völker der Welt eines Tages unbedingt den Sieg davontragen.

Offen gesagt ...

Ein "ehrenwerter" Herr...

Hans Mayr, der stellvertretende Vorsitzende des IGM-Apparates, hat sich um den Gewerkschaftsapparat wirklich verdient gemacht: Nachts, auf den Straßen von Bremen versuchte er das Ansehen des DGB zu retten.

Es war der 3. November 1975, nachts auf einer Straße in Bremen. Polizisten winken mit der Kelle die Autofahrer an den Straßenrand, Alkoholkontrolle. Unter den herannahenden Autofahrern ist auch Hans Mayr. Angetrunken. Er sieht die Kelle, gibt Gas, knapp an dem Polizisten vorbei, rammt fast noch den Polizeiwagen – und verschwindet: Fahrerflucht. Wer nun glaubt, Mayr habe dies getan, um seinen Führerschein zu behalten und einer Strafe zu entgehen – der weiß eben nichts von den hohen Gefühlen, die einen solchen Gewerkschaftsbonzen bewegen. Denn Mayr tat das ja alles nur der IGM zuliebe: Ihm ging es allein um das Ansehen des IGM-Apparates, als er sich mit seiner Alkoholfahne auf und davonmachte.

Das jedenfalls beteuerte Mayr vor einigen Tagen vor dem Verdener Schöffengericht, wo er wegen des Versuchs, einen Streifenbeamten umzufahren und einen Polizeiwagen zu rammen, angeklagt war. Was bei jedem einfachen Werktätigen – und würde er die besten Geschichten auftischen – zu Führerscheinentzug und zu Haftstrafe oder zumindest zu schwerer Geldstrafe geführt hätte – bei Mayr hatte die bürgerliche Klassenjustiz ein Einsehen. Er wurde freigesprochen. Schließlich, so wußte das bürgerliche Gericht den Freispruch zu begründen, war Mayr ja gar nicht richtig betrunken: Er hatte nach dem später angefertigten Polizeibericht nur 0,66 Promille. Daß die Blutprobe erst wesentlich später gemacht wurde, der Alkoholspiegel schon lange gesunken war, als er schließlich geschnappt wurde – wer fragt schon danach. Und dann dieses ehrenwerte Motiv der Fahrerflucht, das „Ansehen" des IGM-Apparates zu retten – welcher bürgerliche Klassenrichter wollte da denn nicht zustimmen? Haben doch die Gewerkschaftsbonzen schon genug Sorgen mit dem Ansehen des DGB-Apparates. Ihre Politik der Klassenversöhnung stößt auf immer mehr Empörung, ihre Lohnraubabschlüsse rufen immer lauteren Protest unter den Werktätigen hervor. Ihre Sabotage am Kampf gegen Stillegungen und Entlassungen stoßen auf Widerstandsaktionen der Werktätigen, und ihre Errichtung eines monopolkapitalistischen Konzernimperiums aus Gewerkschaftsbeiträgen ruft offenen Protest hervor. Empörung und Widerstand auch gegen die Bonzen des reaktionären Apparats, die sich die Bezüge auf Zigtausende erhöhen und Mühe haben, die Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge durchzusetzen. – Und da soll ein Gericht der Bourgeoisie, die doch den Gewerkschaftsapparat so notwendig braucht, um die Werktätigen in Unterdrückung zu halten, den stellvertretenden Vorsitzenden des IGM-Apparates auch noch wegen Trunkenheit am Steuer, Fahrerflucht usw. verurteilen? Da muß man vielmehr alles tun, um das völlig ramponierte Ansehen des DGB-Apparates und seiner Bonzen zu schonen.

Doch die gemeinsame „Ehrenrettung" des DGB-Ansehens durch Polizei, bürgerliches Klassengericht und Vorstandsmitglied Mayr erweist sich als ein Schlag ins Wasser. Sie zeigt nämlich deutlich, daß der DGB-Apparat und seine Bonzen zusammen mit Polizei und bürgerlichem Klassengericht in einem Nest, im Nest der Bourgeoisie, hocken. Denn wie es schon der Volksmund sagt: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus."

Kurz berichtet

DÜSSELDORF

Noch vor den Wahlen hat am Comenius-Gymnasium in Düsseldorf ein Schulfest stattgefunden. Hauptthema: natürlich die Bundestagswahl. Alle bürgerlichen Parteien wollten ihre Chance nutzen, um vor dem 3. Oktober noch auf Stimmenfang zu gehen. Doch da hatten sie ihre Rechnung ohne die ROTE GARDE gemacht. Besonders groß wurden die Augen des SDAJ-Vertreters, als die Genossen ihren Stand gleich neben seinem aufbauten. Auch die Judos und Jusos schienen nicht allzu glücklich, als revolutionäre Plakate und die Fahne der KPD/ML aufgehängt wurden. Auf dem Büchertisch der ROTEN GARDE, um den sich schon bald viele Jugendliche drängten, lagen Schriften von Mao Tsetung, Marx, Engels, Lenin und Stalin, die Grundsatzerklärung der Partei und anderes aus. Schon bald bildeten sich Gesprächstrauben um die Genossen. „Warum ruft Ihr zum Wahlboykott auf?" „Wenn wir nicht wählen, dann wird es noch schlimmer, dann kommt der Strauß an die Macht, dann wähl ich lieber das kleinere Übel, SPD." – Das waren einige der Fragen und Meinungen, die die Jugendlichen an die Genossen der ROTEN GARDE richteten. Es gelang den Genossen im Verlauf der Diskussion, eine Reihe von Schülern für die Veranstaltung der Partei zu interessieren. Ein Schüler erklärte sogar, daß er Interesse habe, in der ROTEN GARDE mitzuarbeiten. Angespornt von dem Erfolg des Abends beschlossen die Genossen, in Zukunft ihre Arbeit unter den Jugendlichen noch mehr zu verstärken.

DORTMUND

Über einhundert Besucher waren am 16. Oktober zu einer Veranstaltung des Landesverbandes NRW der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS nach Dortmund gekommen. Thema der Veranstaltung waren die Prozesse gegen den presserechtlich verantwortlichen Genossen der Rote-Hilfe-Zeitung, Dieter Kwoll, den presserechtlich verantwortlichen Genossen für die Flugblätter und Betriebszeitungen der KPD/ML in Dortmund, Peter Schulte, gegen Genossen Gernot Schubert, den ehemaligen Verleger des „Roten Morgen" und die ehemaligen verantwortlichen Redakteure des „Roten Morgen", Karin Wagner und Dieter Stoll. Die Hauptrede der Veranstaltung hielt Genosse Bernd Reisser, Mitglied der Zentralen Leitung der RHD, der von der bürgerlichen Klassenjustiz wegen seiner Beteiligung an der Roten-Antikriegstags-Demonstration 1972 in München zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Außerdem sprach noch der Genosse Peter Schulte. Bei einer Tombola und Spendensammlung kamen insgesamt 700 DM zusammen. Die Besucher der Veranstaltung verabschiedeten außerdem eine Solidaritätsadresse für Genossen Heinz Baron, der in Münster im Gefängnis sitzt.

BERICHTIGUNG

Im „Roten Morgen" Nr. 41/76 berichteten wir an dieser Stelle über eine Veranstaltung unserer Partei zur Grundsatzerklärung in Frankfurt. Auf dieser Veranstaltung hat nicht, wie irrtümlich gemeldet, Genosse Ernst Aust gesprochen. Genosse Ernst Aust sprach vielmehr auf einer Veranstaltung des Landesverbandes Südwest in Ludwigshafen. Diese Versammlung war von 350 Menschen besucht. Das Bild auf Seite 9 zeigt dementsprechend auch nicht die Frankfurter, sondern die Ludwigshafener Veranstaltung.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Artikel aus Zeri i Popullit, Zentralorgan der PAA

Die Partei der Arbeit hat beständig den Klassenkampf geführt

Am Vorabend des 35. Jahrestages der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens, am 1. November 1976, beginnt der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens. Dieser Parteitag ist nicht nur ein bedeutendes Ereignis für die albanischen Kommunisten, sondern auch für das gesamte albanische Volk, das von Stolz und Liebe zu seiner Partei erfüllt ist, weil es weiß, daß es alle seine Siege und Erfolge der Führung durch die prinzipienfeste und ruhmreiche Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze zu verdanken hat. Das drückt sich in der tiefen Anteilnahme und dem revolutionären Bewußtsein aus, mit dem überall im Land diesem Parteitag entgegengesehen wird. Anläßlich des bevorstehenden Parteitages der PAA, der auch für die deutschen Marxisten-Leninisten, die deutsche Arbeiterklasse von großer Bedeutung ist, drucken wir im folgenden Auszüge aus zwei Artikeln von „Zeri i Popullit", dem Zentralorgan der PAA, zur Vorbereitung des Parteitages ab.

In einem Artikel mit dem Titel „Die PAA hat beständig den Klassenkampf geführt" schreibt die Zeitung „Zeri i Popullit", daß die PAA sich beim Prozeß der Ausarbeitung der revolutionären Strategie und Taktik stets vom dem Prinzip leiten ließ, daß der Klassenkampf die Haupttriebkraft für den Triumph der Revolution, für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft und für den Übergang zum Kommunismus bildet. Gleichzeitig hat die PAA energisch jede opportunistische Illusion und Abweichung über das Absterben oder das Abschwächen des Klassenkampfes zurückgewiesen.

Während der Periode des antifaschistischen nationalen Befreiungskrieges führte die Partei den Hauptstoß gegen den hauptsächlichen Klassenfeind, die italienischen und deutschen Faschisten. Gleichzeitig entlarvte sie die einheimische Reaktion, Großgrundbesitzer und große Bourgeoisie, die mit den Okkupanten zusammenarbeiteten, politisch und zerstörte ihre Organisationen und bewaffneten Kräfte. Die Verbindung des antifaschistischen nationalen Befreiungskampfes mit dem Kampf gegen die Ausbeuterklassen war einer der Hauptfaktoren für den Übergang zu einer tiefgehenden Volksrevolution, die nicht nur zur Befreiung des Landes von fremden Okkupanten, sondern auch zur Zerstörung der Grundlagen der alten politischen Macht dieser Klassen und zur Errichtung der neuen politischen Macht des Volkes führte, die eine Form der Diktatur des Proletariats war, der Hauptwaffe in den Händen der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen für den Aufbau einer sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft.

Auch im Sozialismus entwickelt sich der Klassenkampf wie jedes andere soziale Phänomen und zwar bestimmt durch innere und äußere, objektive und subjektive Faktoren. Während des Prozesses der Errichtung der ökonomischen Basis war sein Ziel die Enteignung der gestürzten Ausbeuterklassen, die Niederwerfung ihres Widerstandes und ihrer feindlichen Aktivität sowie ihre Liquidierung als Klasse; in der internationalen Arena hingegen der Kampf gegen die räuberischen aggressiven und kriegstreiberischen Pläne des Imperialismus mit dem US-Imperialismus an der Spitze. Unsere Partei spielte und spielt eine besondere Vorhutrolle bei der politischen und ideologischen Entlarvung des jugoslawischen Revisionismus, später der Chruschtschow-Revisionisten, die sich bereits in Sozialimperialisten gewandelt haben. **Unsere Partei betrachtet den Revisionismus als die Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen- und Arbeiterbewegung. Der Kampf gegen ihn ist eine unabdingbare Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen den Imperialismus, für die Sicherung des endgültigen Sieges der Revolution in Albanien und im Weltmaßstab.**

Auch heute, in der Etappe des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft bleibt auf politischem Gebiet der Kampf gegen die Überreste der Ausbeuterklassen, gegen degenerierte Parteifeinde, antisozialistische, opportunistische und revisionistische Elemente, die im Sozialismus innerhalb und außerhalb der Reihen der Partei auftauchen, die Hauptaufgabe — genauso wie der Kampf gegen die äußeren imperialistischen und sozialimperialistischen Feinde. Denn dieser Kampf hängt direkt mit der Sicherung der Diktatur des Proletariats zusammen, mit der Gesellschaftsordnung und der Unabhängigkeit des Vaterlandes. Die hauptsächliche Front im Klassenkampf unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die ideologische Front. Denn in Albanien ist zwar die sozialistische Ideologie die herrschende Ideologie geworden, die „Muttermale" der alten Gesellschaft, die „unsichtbaren Feinde", wie Genosse Enver Hoxha sie beschreibt, in Form von patriarchalischen und feudalen, von bourgeoisen und kleinbürgerlichen Überresten bleiben jedoch als Erbe der Ideologien der Ausbeuterklassen für lange Zeit im Bewußtsein der arbeitenden Menschen, die Kommunisten eingeschlossen.

Genosse Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

Gleichzeitig hat unsere Partei energisch die Notwendigkeit eines frontalen Kampfes gegen die Einflüsse der heutigen bürgerlichen und revisionistischen Ideologie hervorgehoben, denn die kapitalistische und revisionistische Welt übt auf uns einen ununterbrochenen, intensiven und wachsenden ideologischen Druck aus. Der Kern dieser ideologischen Aggression, die bereits in eine ideologische Diversion übergegangen ist, ist, wie Genosse Enver Hoxha betonte, das Schüren des Liberalismus an allen Fronten, dessem konzentriertesten Ausdruck des ideologischen und politischen Opportunismus, der effektivsten Waffe in den Händen des Klassenfeindes, um die Entartung der Partei, unseres sozialistischen Staates und unseres sozialistischen Landes zu erreichen, indem zuerst und vor allem der Klassenkampf aufgegeben und durch die friedliche Koexistenz mit der Ideologie des Feindes ersetzt werden soll.

Unsere Partei, betont die Zeitung, hat immer sowohl gegen die Überreste aus den vergangenen Jahrhunderten als auch gegen die heutige bürgerliche und revisionistische Ideologie gekämpft. Gleichzeitig hat sie korrekt die Gefahr eingeschätzt, die aus der Verbindung und der Koordination der feindlichen Aktivitäten an der inneren und der äußeren Front entsteht. Dies ist zum einen bestimmt durch die gegenseitige Bedingtheit und die innere gesetzmäßige dialektische Verbindung der negativen ideologischen Phänomene und zum anderen durch die gemeinsamen Interessen und Ziele der inneren und äußeren Feinde. Deshalb hat die Partei den Kampf gegen den Liberalismus nie getrennt vom Kampf gegen den Bürokratismus und seine Erscheinungsformen und Varianten — Konservativismus, Technokratismus und Intellektualismus. Liberalismus und Technokratismus sind zwei Varianten der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie. Beide sind gefährlich für die Diktatur des Proletariats. Sie tauchen zusammen auf und wirken zusammen. Dadurch sind auch die verschiedenen Formen des Kampfes gegen sie bestimmt, unabhängig davon, daß nach Intensivität und Umständen die eine oder die andere sich stärker zeigt.

Der Artikel geht dann auf die sehr wichtigen revolutionären Maßnahmen politischen, ideologischen, organisatorischen und administrativen Charakters ein, die die Partei der Arbeit getroffen hat und trifft, um den Kampf gegen Bürokratismus und Liberalismus zu verstärken und betont, daß diesem Ziel auch die beständige Verstärkung der Kontrolle durch die Massen dient, und zwar zuerst und vor allem die direkte Arbeiter- und Bauernkontrolle sowie die Maßnahmen zur ideologischen und revolutionären Stählung der Kader, die solche sozialen und materiellen Positionen haben sollen, daß sie, wie die Partei uns lehrt, immer Diener und Schüler des großen Lehrers, des Volkes, sind und während des ganzen Lebens als Revolutionäre denken, arbeiten und kämpfen.

Die Partei, fährt die Zeitung fort, hat nicht nur eine korrekte revolutionäre Linie für den Klassenkampf ausgearbeitet, sondern auch revolutionäre Methoden für ihre Anwendung im Leben. Die Partei lehrt uns die Methode, wie der Klassenkampf analysiert und geführt werden muß: **Die revolutionäre Wachsamkeit muß ständig erhöht werden, damit der Weg allen fremden Vorstellungen und Standpunkten von ihrem ersten Auftreten an versperrt ist, man darf nicht zulassen, daß sie sich zu einer rückständigen ideologischen Strömung formieren und schließlich zu einer ideologischen Konterrevolution, man darf den Klassenkampf nicht mit Phrasen und Slogans führen, nicht mit überschwenglichen Äußerungen, sondern muß ihn mit Reife und proletarischer Parteilichkeit führen, ohne die leiseste Konzession bei den Prinzipien zu machen, man muß ständig die Massenlinie befolgen.**

Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Klassenkampf die richtigen Ergebnisse erzielen wird, wenn er nicht allein von oben, sondern zuerst und vor allem von unten geführt wird, wenn die Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen unter der Führung der Partei breit in ihn einbezogen werden. Die ideologische Arbeit muß so eng wie möglich mit dem korrekten Verständnis und mit dem Führen des Klassenkampfes verbunden sein, dem vollständig dienen und entschlossen alle fremden Vorstellungen und Manifestationen bekämpfen.

Zusammenfassend schreibt die Zeitung: Die 35-jährige Erfahrung unserer ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens zeigt, daß sie — ihrer historisch führenden Mission im Kampf des Volkes für den Sozialismus bewußt — den Klassenkampf erfolgreich und weitsichtig führte.

Zeri i Popullit zum 7. Parteitag der PAA

Die Partei, wird in „Zeri i Popullit" unterstrichen, begibt sich zu ihrem 7. Parteitag so wie es ihr gebührt, erhobenen Hauptes und mit vollen Händen, stolz, weil sie an der Spitze des Kampfes stand, um die großen historischen Beschlüsse ihres 6. Parteitages ergeben in die Tat umzusetzen. Auf dem bevorstehenden Parteitag wird unser Volk die Partei, die Speerspitze der Arbeiterklasse, erneut als eine in Stürmen erprobte Kämpferin erblicken, politisch und ideologisch noch reicher, mit einer wertvollen Erfahrung ausgerüstet und bereit, neue schwerere Bürden zum Wohl des Sozialismus und zum Glück des Volkes zu übernehmen.

Sie haben viel vorzuzeigen und können auf vieles stolz sein. Die Hände und das schöpferische Denken unserer hervorragenden Menschen, die unter Führung der Partei jede Festung nehmen, schafften es, daß die industrielle Gesamtproduktion 1975 gegenüber 1970 sich um 52% und die landwirtschaftliche Gesamtproduktion um 33% erhöhte. Gleichzeitig vergrößerte sich das Nationaleinkommen um 38%. Wie immer bewährte sich das revolutionäre Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen.

Die vergangenen fünf Jahre waren von einem stürmischen Prozeß der Revolutionierung des gesamten Lebens des Landes im Kampf um die ständigen Bestrebungen gekennzeichnet, die äußerst wichtigen Beschlüsse der Plenartagungen des Zentralkomitees der Partei und die Lehren des Genossen Enver Hoxha in die Tat umzusetzen.

Aus dem Kampf gegen den Bürokratismus, aus der Kürzung der überflüssigen Stellen, aus der Aufnahme von immer mehr Arbeitern in die zentralen Verwaltungen und Ministerien, aus dem Kampf gegen den Liberalismus und die anderen fremden, bürgerlich-revisionistischen Einflüsse auf ideologischem, politischem, ökonomischem und kulturellem und militärischem Gebiet wurde eine äußerst reiche Erfahrung erworben. Die führende Rolle der Partei wurde noch mehr bekräftigt, die Diktatur des Proletariats noch mehr gestählt und das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft noch stärker. Die Arbeiter- und Bauernkontrolle wurde noch aktiver, die Emanzipation der Frau wurde vorangetrieben, die proletarische Parteilichkeit und der nationale Charakter der albanischen Literatur und Kunst wurden weiter konsolidiert. Die Ideologie der Partei erhellte das Denken und das Bewußtsein der Menschen. Die große Freude über den Verfassungsentwurf der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, dieses Dokument von sehr großer historischer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft, brachte das albanische Volk auf einfache und schöne Weise zum Ausdruck. Die 115 Artikel dieser Verfassung verglich es mit 115 Sternen, die unseren Weg beleuchten und die Feinde blenden.

In ihren 7. Parteitag begibt sich die Partei der Arbeit mit einer Bilanz politischer Siege auf internationalem Gebiet. Albanien, so heißt es ferner in „Zeri i Popullit", ist auf der internationalen Arena mit Würde und mit einem geachteten Namen aufgetreten. Es hat zahlreiche Freunde und Anhänger in seinem kompromißlosen Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus. Die wilden Wogen, die imperialistisch-revisionistischen Blockaden und Erpressungen zerschellen an unserer ehernen Einheit und dem wachsamen Auge eines ganzen Volkes. Die Stimme Albaniens erschallt heute auf der Welt als die Stimme der Wahrheit. Auf der Welt gärt es. Die antagonistischen Widersprüche haben sich aufs äußerste zugespitzt, und die tiefe allseitige Krise erschüttert die kapitalistisch-revisionistische Welt bis in die Grundfesten, Inflation, Massenarbeitslosigkeit, phantastische Preiserhöhungen und allseitige Entartung. Die albanische Realität jedoch ist voller Licht. Bei uns gibt es wirtschaftliche Stabilität und zunehmenden Wohlstand der breiten werktätigen Massen. Das zeigt erneut in der Praxis die Richtigkeit der Beschlüsse und der wissenschaftlichen Voraussagen der PAA auf ihrem 6. Parteitag.

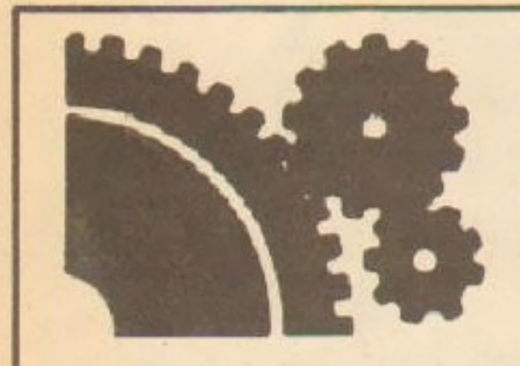
Abschließend wird in „Zeri i Popullit" betont, daß die werktätigen Massen Albaniens mit erfüllten Aufgaben zu dem 7. Parteitag gehen werden, mit der Hacke in der einen Hand und in der anderen das Gewehr, in eherner Einheit um die Partei, mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze.

Kommunique über das 10. Plenum des ZK der Partei der Arbeit Albaniens

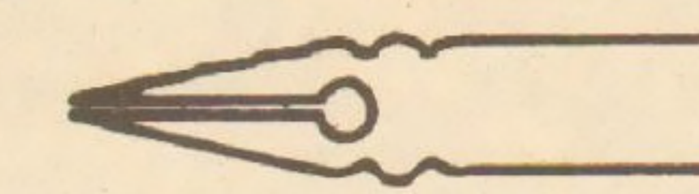
Vom 12. bis 14. Oktober 1976 tagte unter Leitung des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha, das 10. Plenum des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens. Es studierte, diskutierte und billigte einstimmig die Berichte, die dem 7. Parteitag unterbreitet werden: über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, der vom 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha, gehalten wird sowie den „Bericht über die Direktiven des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens für den 6. 5-Jahr-Plan der Entwicklung von Wirtschaft und Kultur in den Jahren von 1976 bis 1980", der vom Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Albanien, Genossen Mehmet Schehu, gehalten wird. Abschließend hielt der 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Enver Hoxha, eine wichtige Rede.

10. Plenum des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens. (gesendet in Radio Tirana am 15. 10. 1976)

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Betriebsrat kriegt kalte Füße

In einer der letzten Nummern der „Roten Fanfare", der Betriebszeitung der KPD/ML bei Hella in Recklinghausen, wurden die reaktionären Betriebsräte entlarvt, wie sie einen Kollegen aus dem Betriebsrat schikanieren und unterdrükken. Das schlug ein!

Auf der letzten Belegschaftsversammlung sagte nun der Betriebsrat Rudolph, er habe es satt, von der KPD/ML laufend beschimpft zu werden, er habe Strafantrag gegen den Presseverantwortlichen der „Roten Fanfare" gestellt wegen Beleidigung. Es war ganz still im Saal, da sagte er: „Zu diesem Thema sind keine Wortmeldungen zugelassen, ich werde es verhindern." Deutlicher konnte er seine Angst nicht ausdrücken. Auch hatten die Betriebsräte diesmal wieder ein Tonband aufgestellt, was ein Genosse auf der letzten Betriebsversammlung unter viel Beifall entlarvt hatte. Vor lauter Angst sagte ein Betriebsrat von vornherein: „Kollegen, ihr braucht keine Angst zu haben, wir spielen damit nur Musik ab."

Ein Genosse aus Recklinghausen

Stillegung bei der Baufirma Kufus - 500 Bauarbeiter arbeitslos

Schon einige Wochen bevor die Kufus-Kapitalisten den Konkurs anmeldeten, war der Betriebsrat informiert. Er schaffte es vollkommen, die Kollegen im Interesse der Kufus-Kapitalisten bis zum letzten Tag zum Stillhalten zu bringen. Er benutzte dazu Versprechungen wie z.B.: „Wenn ihr bis zum letzten Tag arbeitet, bekommt ihr alle eine Abfindung, wir haben einen Sozialplan aufgestellt." Was es damit auf sich hat, erfuhren die Kollegen auf der letzten Belegschaftsversammlung. Dort bekamen sie die Kündigung in die Hand. Alles hatten die Kapitalisten mit dem Betriebsrat „bestens" organisiert, sogar das Arbeitsamt richtete dort eine Außenstelle ein. Die Kollegen waren sehr empört. Ihre Wut wuchs, als sie erfuhren, daß sie keine Abfindung bekommen. Viele Kollegen bekamen noch nicht einmal den letzten Lohn ausbezahlt. Kommentar des Kapitalisten: er habe nichts mehr. Aber Tatsache ist, und das war vielen Kollegen klar: Wer Hotels in der Schweiz hat, eine ganze Straße in Westberlin aufgekauft hat, der hat Geld. Einige Kollegen sagten auch: „Für diesen Blutsauger zählt nur der Profit, was mit unseren Familien ist, interessiert nicht. Kufus hat sein Geld in Unternehmen gesteckt, die mehr Profit abwerfen. Wir gucken in die Röhre."

Ein Genosse aus Recklinghausen

Wo sind unsere Gewerkschaftsbeiträge ?

Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung bei Henschel gab sich der Leiter der IGM-Verwaltungsstelle, Wenzel, die Ehre. Er wollte nur „unser Bestes", nämlich unser Geld. Sein Hauptanliegen waren die Beiträge.

Die Verwaltungsstelle Kassel befindet sich in den roten Zahlen. Rechnet man aber einmal alle monatlichen Beiträge aus, so drängt sich einem die Frage auf, was mit unserem Geld gemacht wird.

Bei 40 000 organisierten Kollegen mit einem Durchschnittsbeitrag von 12 DM sind das monatlich 480 000 DM, von denen 110 000 DM in Kassel bleiben. Im Jahr sind das 1,32 Millionen. Dabei zahlt doch jeder Kollege den Beitrag in dem Glauben, er habe damit eine Rückversicherung bei Arbeitskämpfen. Aber dem ist nicht so. In der letzten Tarifrunde hörte man es von der Ortsverwaltung flüstern, daß es zu keinem Streik kommen darf, da die IGM kein Geld für Streikunterstützung habe. Aber in was für dunkle Kanäle fließen dann unsere Beiträge?

Da sind zum einen die dicken Gehälter, Spesen usw., die sich die Gewerkschaftsbonzen einstecken. Und mit den Milliarden, die uns der Gewerkschaftsapparat im Lauf der Zeit abgeknöpft hat, hat er sich zu einem der größten kapitalistischen Konzerne gemacht. Bank für Gemeinwirtschaft, Neue Heimat, co op, um einige zu nennen. Man schaue sich nur einmal die Büropaläste an, die sie in Frankfurt und anderswo hingestellt haben.

Ein Genosse aus Kassel

Keine Unterstützung dem Verräter Jasczyk

Vor kurzem wurde mir bekannt, daß Peter Jasczyk von der D„K"P, Betriebsrat bei Opel in Bochum, entlassen worden ist, weil er während seiner Reise durch die Sowjetunion blau gemacht hat, um sich seinen Aufenthalt zu verlängern. Herausgekommen ist die ganze Sache dadurch, daß Jasczyk aus Sibirien einen Brief geschrieben hat, der auch in der WAZ veröffentlicht worden ist, während er angegeben hat, zur gleichen Zeit in einem Krankenhaus in einem Ort tausend Kilometer entfernt von Sibirien zu liegen.

Auf der letzten Belegschaftsversammlung hat Jasczyk seine Entlassung wortradikal angeprangert und versucht, die Unterstützung der Kollegen zu erlangen. Gleichzeitig nutzte er die Belegschaftsversammlung für eine unverschämte Propaganda für die russischen Sozialimperialisten, indem er über seine Reise berichtete und die Sowjetunion als sozialistisches Land herausstellte. Während Genossen und revolutionären Kollegen sofort das Mikrofon abgedreht wird, wenn sie eine politische Rede halten, konnte Jasczyk ungehindert seine Propagandarede halten, wobei er sich gleichzeitig als Kandidat der D„K"P für die Bundestagswahl in Szene setzte.

Außer, daß eine Reihe Kollegen applaudierte, konnte Jasczyk bei den Kollegen keine großartige Unterstützung gegen seine Entlassung finden. Die fand er beim Betriebsrat, der sich gegen die Kündigung aussprach, so daß Jasczyk jetzt bis zum Arbeitsgerichtsurteil im Betrieb bleiben kann, weil er Betriebsrat ist.

Soll man gegen die Entlassung von Jasczyk kämpfen? Das haben sich sicher viele Kollegen gefragt. Ich meine, nein! Das hat auch die KPD/ML in ihrer Betriebszeitung „Zündkerze" zum Ausdruck gebracht. Wir kämpfen doch nicht für Verräter der Arbeiterklasse, denn nichts anderes ist Jasczyk, auch wenn er sich als Kommunist bezeichnet. Jasczyk gehört zu den höheren Funktionären der D„K"P. Massiv trägt er die reaktionäre Politik der D„K"P in die Reihen der Arbeiter, propagiert den DGB und die IG-Metall als die Interessenvertretungen der Arbeiter und hetzt gegen jede, vor allem gegen jede revolutionäre, Opposition gegen den Gewerkschaftsapparat. Jeder revolutionäre Ansatz von Kämpfen der Kollegen wird von ihm bekämpft. Am deutlichsten war das beim Streik 1973. Er war es, der die Kollegen aufforderte, den Demonstrationsmarsch in die Innenstadt abzubrechen und stattdessen auf die Verhandlungen des Betriebsrats und der Vertrauensleuteleitung zu bauen, was ihm leider noch gelang. Sein Ziel, und das ist die Linie der D„K"P, ist es, den Kapitalismus zu erhalten und die Revolution zu verhindern. Am liebsten will er, wie seine Partei, ein Regime wie in der DDR mit den D„K"P-Funktionären an der Spitze. Das ist dann der „Sozialismus" der D„K"P. Das ist aber Sozialfaschismus, wie er in der DDR herrscht.

Für solche Verräter und Feinde der Arbeiterklasse kämpft man nicht, vielmehr muß man sie bekämpfen und isolieren.

Rot Front Ein Genosse aus Bochum

Stahltarifrunde

IGM- und D'K'P-Parolen sollen Arbeiter vom Kampf abhalten

Fortsetzung von Seite 1

Davon abgesehen haben die Gewerkschaftsbonzen auch gar nicht vor, für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu kämpfen. In der „Welt der Arbeit" (Wochenzeitung des DGB) vom 15. Oktober lassen die Bonzen, was ihre künftige arbeiterfeindliche Lohnraubpolitik und Taktik betrifft, ziemlich offen die Katze aus dem Sack. Dort ist eine Dokumentation über ein im ZDF gesendetes Interview abgedruckt mit DGB-Boss Vetter und mit anderen DGB-Führern. Die Überschrift lautet bezeichnenderweise: „Mehr Einkommen durch Lohnverzicht? – Gewerkschaften am Wendepunkt der Lohnpolitik?" Und in der Einleitung zu diesem Interview schreibt „Welt der Arbeit": „Die Fragestellung der Sendung soll festhalten: Die Gewerkschaften betreiben parallel zueinander aktive Lohnpolitik und Vermögenspolitik. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte nicht gefährdet und die Arbeitsplätze bleiben erhalten." Mit anderen Worten: Der Gewerkschaftsapparat unterstützt voll den Plan des Monopolkapitals, unter dem Deckmantel der Erhaltung der Arbeitsplätze massive Angriffe auf die Löhne der Arbeiter und kleinen Angestellten zu starten und dabei die sogenannte „Vermögensbildung" als demagogisches Ablenkungsmanöver einzusetzen.

Ein wichtiger Komplize des Gewerkschaftsapparats bei seinen arbeiterfeindlichen Lohnraubplänen ist die D„K"P. Sie nutzt ihren Einfluß in den Betrieben aus, um die Arbeiter davon abzuhalten, sich gegen den Bonzenapparat der Gewerkschaft zusammenzuschließen und konsequent für ihre Interessen zu kämpfen. Die Forderungen, die in den Vertrauensleutekörpern, den untersten Organen des Gewerkschaftsapparats, aufgestellt werden, propagieren sie als „Forderungen der Arbeiter". Wenn dann die große Tarifkommission die endgültige Forderung festlegt, die immer um einige Prozente niedriger liegt, dann sagen sie: Das ist zwar an sich zuwenig, aber kämpfen wir jetzt dafür, daß diese Forderung wenigstens voll durchgesetzt wird. Sie tun alles Erdenkliche, um zu verhindern, daß die Arbeiter sich über die Tatsache klar werden, daß es mit diesem Gewerkschaftsapparat keinerlei Einheit geben kann, weil er ein Instrument der Kapitalistenklasse ist.

Ähnlich wie Loderer treten auch die D„K"P-Revisionisten mit radikal klingenden Parolen auf, die aber im Grunde darauf abzielen, die Arbeiter vom revolutionären Klassenkampf abzulenken und sie mit Illusionen in die Irre zu führen. Nur daß bei der D„K"P diese Losungen meist noch einen „linkeren" Anstrich haben, denn die D„K"P will sich ja als „Partei des Klassenkampfes" verkaufen. Bei der diesjährigen Stahltarifrunde ist der Hauptslogan der D„K"P: „Die Unternehmer können zahlen." Daneben bringen sie nach wie vor die Losung: „Anhebung der Massenkaufkraft, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln."

Auf den ersten Moment klingt das nicht schlecht, so als ginge es hier darum, die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter und kleinen Angestellten zu unterstützen. Aber in Wirklichkeit sind diese Losungen darauf abgestellt, die Arbeiter und kleinen Angestellten ideologisch zu verwirren und zu lähmen. Wir sollen uns den Kopf unserer Ausbeuter, der Kapitalisten, zerbrechen. Das Raffinierte dabei ist, daß man sich dabei zunächst an seiner Wut darüber angesprochen fühlt, daß die Kapitalisten auf unserem Rücken ihre Profite hochgeschraubt haben, während wir weniger verdienten und mehr schuften mußten. Trotzdem bedeutet diese Losung, daß man den Arbeiter darauf orientiert, sich um das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft Sorgen zu machen nach dem Motto: „Wenn es den Unternehmern gutgeht, geht es auch uns Arbeitern gut, denn dann können die Bosse ja zahlen." Dadurch wollen die D„K"P-Revisionisten vertuschen, daß es keinerlei gemeinsame Interessen gibt zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, daß vielmehr der Gegensatz zwischen unseren Interessen und denen der Kapitalisten unversöhnlich ist.

Das wird noch verschärft durch die ergänzende zweite Losung „Anhebung der Massenkaufkraft". Damit wollen sie uns einreden: „Durch höhere Löhne wird die Massenkaufkraft angehoben, dadurch werden die Absatzschwierigkeiten behoben, die Konjunktur wird wieder angekurbelt und folglich werden auch die Arbeitsplätze sicherer." Das würde dann bedeuten, daß auch die Kapitalisten ein Interesse daran haben müßten, daß es den Arbeitern besser geht, daß unsere Löhne nicht zu niedrig sind. Aber die Kapitalisten interessiert keineswegs die Massenkaufkraft als solche. Sie haben nur ein Bestreben: höchstmöglichen Profit zu machen. Deshalb sind sie immer darauf aus, die Löhne zu drücken. Die Ausbeutung der Arbeiter und kleinen Angestellten in den Betrieben bildet die Quelle ihres Profits und diese Ausbeutung beruht darauf, daß wir Proletarier gezwungen sind, unsere Arbeitskraft an die Kapitalisten, die Besitzer der Produktionsmittel, zu verkaufen. Jeder Kapitalist ist darauf aus, einen möglichst hohen Profit aus „seinen" Arbeitern herauszupressen. Weil dies das Grundgesetz der kapitalistischen Produktion ist, ist es doch glatter Betrug, so zu tun als gäbe es gemeinsame Interessen zwischen Lohnarbeit und Kapital.

Die meisten Arbeiter spüren instinktiv, daß ihre Interessen denen der Kapitalisten diametral entgegengesetzt sind. Deshalb nutzen die Kapitalisten und ihre Agenturen innerhalb der Arbeiterschaft die Angst vor Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Chaos aus, um den Arbeitern entgegen ihrem Klasseninstinkt weiszumachen, sie müßten mit den Kapitalisten einen „Interessensausgleich" herstellen, „damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte nicht gefährdet wird und die Arbeitsplätze erhalten bleiben".

Die Losung „Die Unternehmer können zahlen" steht nur scheinbar im Gegensatz zu dieser Lohnverzichtsideologie. Denn unausgesprochen wird dabei ja offengelassen, daß unter bestimmten Umständen die Unternehmer „nicht zahlen können" und die Arbeiter dann auch nicht für ihre Interessen kämpfen dürfen. Aber für die Arbeiter kann die Fragestellung überhaupt nicht so sein: „Können die Unternehmer zahlen oder nicht?" Für die Arbeiter gibt es im Tageskampf nur eine Fragestellung: „Wie stark ist unsere Kampfkraft, wieviel können wir den Kapitalisten abtrotzen?" Denn Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten zu nehmen und sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die Arbeiter etwas zur „Stabilität" beitragen können, läuft auf nichts anderes hinaus, als die Ausbeutung und die Versklavung der Arbeiterklasse zu bejahen. Und davon einmal abgesehen: Einen Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit, ohne zunehmende wirtschaftliche Zerrüttung, ohne wachsende Verelendung gibt es nicht und kann es auch niemals geben, weil diese Erscheinungen aus den inneren Gegensätzen des Kapitalismus, aus der Ausbeutung der arbeitenden Massen durch das Kapital mit unvermeidlicher Gesetzmäßigkeit entstehen. Es gibt nur einen Ausweg aus diesen Übeln des Kapitalismus: den Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems durch die gewaltsame Revolution und die Errichtung des Sozialismus. Die Arbeiter nicht nur vom Lohnkampf, sondern sie vom Kampf für dieses Ziel abzuhalten, das ist vor allem die Absicht der D„K"P-Revisionisten.

Anstatt sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob die Kapitalisten zahlen können oder nicht, müssen die klassenbewußten Arbeiter sich die Aufgabe stellen, die Einheit unter ihren Kollegen für den revolutionären Kampf gegen die Kapitalistenklasse und gegen ihre Agenturen in unseren eigenen Reihen, gegen die D„K"P-Revisionisten und den DGB-Apparat, zu schmieden. Kämpfen wir in diesem Sinne in der jetzigen Tarifrunde gegen den geplanten Lohnraub. Schließen wir uns gegen die Abwiegelungsmanöver der Bonzen und Verräter zusammen, um eine wirkliche Lohnerhöhung zu erkämpfen.

Hinweis

Die Überschrift des Leitartikels im „Roten Morgen" Nr. 41/76: „Gegen Arbeitslosigkeit helfen keine Reformen", ist mißverständlich. In dem Artikel selbst wird richtig aufgezeigt, daß die Arbeitslosigkeit ein Grundübel des Kapitalismus ist, die im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht überwunden werden kann. Die vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist erst in der sozialistischen Gesellschaft, nach dem Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch die proletarische Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats möglich. Das bedeutet aber nicht – und dieser Eindruck wird in der Überschrift vermittelt –, daß damit von vornherein jeder Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Kapitalismus zur Aussichtslosigkeit verurteilt und zwecklos ist. Die Arbeiterklasse kann im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durchaus Erfolge erringen, wie z.B. die Verhinderung einer Betriebsschließung, von Massenentlassungen usw.; sie kann bestimmte Verbesserungen zur Lage der Arbeitslosen erkämpfen usw. Der Erfolg solcher Kämpfe hängt von der Kampfentschlossenheit, der Einheit usw. und nicht zuletzt vom Grad der Verankerung der kommunistischen Partei unter den Arbeitern ab. Aufgabe der Partei ist es, diese Kämpfe auf das Ziel der sozialistischen Revolution zu orientieren und sie zu einer Schule zu machen, in der die Arbeiter ihre revolutionäre Einheit festigen und sich für den revolutionären Entscheidungskampf stählen.

Cassella/Frankfurt

"Wir sitzen auf einem Pulverfass"

„Wir sitzen auf einem Pulverfaß" – das war die treffende Reaktion vieler Kollegen nach der Verpuffung im Betrieb 188 und der Explosion im Betrieb 170 von Cassella. Erst vor kurzem noch war das hessische Fernsehen in der Cassella und drehte einen kurzen Film über „Maßnahmen zur Sicherheit am Arbeitsplatz und zur Unfallverhütung". Als Drehort wurde selbstverständlich der Neubau B 43 ausgesucht. Der unwissende Fernsehzuschauer gewann dadurch den Eindruck, als würde in der Cassella Hervorragendes geleistet für die Sicherheit am Arbeitsplatz. Das hessische Fernsehen war natürlich weder im Betrieb 188 noch 170 oder anderen. Das nämlich hätte das „saubere Bild" gehörig verändert.

Im Betrieb 188 knallte es am 30.9. gegen 9 Uhr früh, und schon wenige Tage später, am 6.10., gegen 3 Uhr morgens, im Betrieb 170. In 188 geschah es so: Nachdem der Ansatzkessel vom Samaronblau auf den Druckfilter gedrückt wurde, ging ein Kollege hoch zum Druckfilter auf der oberen Etage, um seine Arbeit zu machen. Bei einem Blick in den Druckfilter bemerkte er starken Qualm und sah das Druckmanometer schnell ansteigen. Er schaltete sofort und gab Alarm. Nur dieser Tatsache ist es zu verdanken,



Eine riesige Gaswolke dringt aus dem Cassella-Werk. Der Wachsamkeit eines Kollegen ist es zu verdanken, daß kein Arbeiter umgekommen ist.

daß kein Kollege zu Schaden kam. Durch die Verpuffung schmolzen sämtliche Kunststoffleitungen, andere Apparaturen in der Nähe wurden beschädigt. Durch die Verpuffung entwichen schnell Gase ins Freie. Mal war es gelblicher, mal grauer Nebel. In Kürze war der gesamte Umkreis von Cassella nicht mehr zu erkennen. Etwas weiter entfernt, bei Neckermann, kippten Kollegen um. Ein Hubschrauber vom Katastrophenschutz kreiste über dem Werk. Vier Löschzüge waren da, um den Brand zu löschen. Kurze Zeit später gaben Kapitalisten und Betriebsrat eine Pressemitteilung heraus, um die Bevölkerung zu beruhigen.

Einige Tage später, frühmorgens gegen 3 Uhr, ein kurzer Knall im Betrieb 170. Im Kessel 21 befand sich Aceton. Ein Kollege öffnete die Destillierleitung und da passierte es: Ein Feuerstrahl zerfetzt die 1 cm dicke Kunststoffleitung.

Eine Katastrophe hätte passieren können. Der Kollege, der direkt am Kessel stand, wurde verletzt. Sein Trommelfell platzte. Er bekam einen Schock.

Was sind das eigentlich für Betriebe – 188 und 170? Der Betrieb 188 ist die sogenannte „Giftecke", wie man im Werk sagt. 188 ist eigentlich gar kein echter Chemiebetrieb. Im ersten imperialistischen Weltkrieg gehörte er zu einer Munitionsfabrik in Berlin. Hier wurden Granaten abgefüllt. Er wurde dann demontiert und später bei Cassella aufgestellt. Bei Cassella wurde er dann in einen Chemiebetrieb umfunktioniert. Seit langer, langer Zeit wird immer wieder gesagt, 188 solle abgerissen werden – bis heute aber hat sich nichts geändert. Der Betrieb 170 unterscheidet sich äußerlich wenig von 188 – er ist genau so alt und genau so dreckig. Vor kurzem gab es hier dreimal Gasalarm innerhalb einer Woche. Vor Jahren passierte hier bereits eine schwere Explosion.

Die Kollegen sagen oft in diesen Tagen: „Man muß beten, daß man überlebt, jeden Tag drei Kreuze schlagen, daß man heil herauskommt. Wir sitzen hier auf einem Pulverfaß." Das Streben der Kapitalisten nach Profit ist die Quelle einkalkulierter Morde, schwerer Unfälle und ähnlichem. Der wesentliche Grund für die steigenden Arbeitsunfälle ist die ständig zunehmende Arbeitshetze. 1973 passierte im Betrieb 188 schon einmal dasselbe, mit dem Unterschied, daß es damals noch stärker knallte. Damals stellte man die gesamte Samaronblau-Apparatur von Luft- auf Stickstoffbetrieb um, das war alles. Aber abschließend wurde die Samaronblau-Apparatur vergrößert, die Produktion um das 2 1/2 fache gesteigert. Samaronblau ist ein Farbstoff, der hohen Profit für die Kapitalisten abwirft. Gleichzeitig trug man sich anfänglich mit dem Plan, daß die gesamte Apparatur von einem Kollegen als Nebenaufgabe zusätzlich zu seinen anderen Arbeiten gefahren werden sollte. Und nach der Explosion 1973? Es erfolgte die sofortige Wiederaufnahme sowie Steigerung der Produktion – das sind die Interessen der Kapitalisten! Unsere Sicherheit interessiert sie wenig. So mußten die Kollegen in 188 damals nach der Explosion nächtelang mit Taschenlampen in oberen Stockwerken arbeiten – Licht war noch nicht wieder da, aber die Apparatur lief schon nach kurzer Zeit wieder. 250 Partien lang ging es gut – bis zum vorletzten Donnerstag. Die Gründe, die die Kapitalisten dann anführen, sind meistens die: Wenn es einem Kollegen nicht in die Schuhe geschoben werden kann, dann war es höhere Gewalt. Oder man kann es sich nicht erklären – bis der Vorfall wieder in Vergessenheit geraten ist.

Wie läuft das denn in der chemischen Produktion? Gut, in den Labors gibt es naturgetreue Miniaturapparaturen, wo der Produktionsablauf ausgeklügelt wird. Aber wozu wird da geforscht? Doch dazu, um billige neue Produktionsmethoden herauszukriegen, doch dazu, um neue Produkte zu erfinden. Aber – erstens sieht bei der Großproduktion alles ganz anders aus – zweitens, wer kann schon sagen, daß nach kurzer Probezeit sämtliche Risiken und Gefahren ausgeschaltet sind? Darauf kommt es den Kapitalisten auch gar nicht an.

Einen Produktionsablauf über Jahre hinaus gründlich zu analysieren, um sämtliche Gefahren systematisch zu erforschen und schließlich auszuschalten – das würde den Profit schmälern, das würde die Kapitalisten mit hohen Kosten belasten. Deshalb sind Explosionen, Verpuffungen, Unfälle von vornherein mit einkalkuliert! Die jetzige „Anteilnahme" der Kapitalisten ist nichts wie pure Heuchelei!

Und der Betriebsrat? Er erfüllt treu seine Pflichten als Handlanger der Kapitalisten. Zusammen mit ihnen macht er Pressekonferenzen, um die Bevölkerung zu beruhigen. Erst auf der vorletzten Betriebsversammlung hatte er zu der Tatsache, daß die Betriebsunfälle rapide steigen, nur zynisch zu bemerken, daß diejenigen Kollegen, die angeblich selbst einen Unfall verursachen, dafür sogar noch mit Geldstrafen belegt werden. Der Betriebsrat ist immer sehr aktiv, aber es geht ihm – genau wie der Betriebsleitung – um die Vertuschung und nicht um die Aufdeckung der wahren Ursachen.

Seit es die Cassella gibt, gibt es dort auch tödliche Unfälle und viele andere Kollegen gingen nur durch Zufall knapp am Tod vorbei. Die Arbeit in der Cassella ist also ein ständiger Kampf zwischen Leben und Tod. Es ist vollkommen berechtigt, sich geschlossen dagegen zu wehren und um bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Das „Pulverfaß" wird allerdings erst dann endgültig entschärft sein, wenn die sozialistische Revolution siegt. Dann ist der Weg frei dafür, daß die Arbeiter die Herren der Fabriken sind – dann ist der Weg frei dafür, daß diese Risiken und Gefahren eines Chemiebetriebes wie Cassella systematisch erforscht und weitgehend ausgeschaltet werden können.

500 Bürger demonstrieren in Seveso



Ca. 500 Bürger von Seveso, die schon seit Monaten in Notunterkünften leben müssen, haben am 11.10. gegen die schleppende Entgiftungsaktion protestiert, indem sie mit ihren Personen- und Lastkraftwagen die Polizeisperren durchbrachen und in die Stadt einzogen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Bruchsaler Kollegen kämpfen gegen 3000 Entlassungen

In ihrer letzten Ausgabe berichtet die Betriebszeitung der KPD/ML bei Siemens in Witten, „Roter Lautsprecher", über den Kampf der Kollegen bei Siemens in Bruchsal, wo 3 000 Kollegen entlassen werden sollen. In dem Artikel heißt es:



Stellt euch vor: 1972 arbeiteten bei Siemens in Bruchsal 6 000 Kollegen. Bis Ende 1977 sollen es nur noch 3 000 sein. Das heißt: 3 000 Kollegen, die kaum eine Chance haben, in der Nähe wieder Arbeit zu finden; Familien, wo Vater und Mutter als Verdiener entfallen – arbeitslos, angewiesen auf das Almosen des Arbeitsplatzes. Das ist der Plan der Siemens-Kapitalisten!

Die Siemens-Kapitalisten taten alles, um die Kollegen zu belügen. Sie jammerten, die Auftragslage sei so schlecht; sie heuchelten Mitleid. Denn was sie befürchteten, das war der Kampf der Kollegen. Doch vergebens. Die Bruchsaler Kollegen sahen: Wenn wir unsere Forderungen nicht erkämpfen, dann hilft uns keiner der hohen Herren. – Und sie nahmen den Kampf in die eigenen Hände:

Am 31.1.76 legten 70 Kollegen die Arbeit für 1 1/2 Stunden nieder. Am 2.6. streikten 300 Kollegen aus dem Werkzeugbau. Am 16.7. traten 1 000 Kollegen für mehrere Stunden in den Streik und demonstrierten durch die Stadt. Das war die einzig richtige Antwort der Kollegen auf die drohenden Entlassungen. Da helfen keine Appelle an die Kapitalisten, denn sie sind es doch, die nichts anderes im Auge haben als ihren Profit. Den Bruchsaler Betrieb machen sie ja keineswegs wegen Auftragsmangel weitgehend dicht . . . Sie schmeißen 3 000 Arbeiter auf die Straße, weil sie die Produktion nach Argentinien verlagern wollen, ins Ausland, wo sie die Arbeiter wie Sklaven noch schlimmer auspressen können. Bruchsal bringt ihnen zuwenig Profit.

„Ja, das ist ja auch schlimm für die Bruchsaler Kollegen. Aber wir in Witten können doch noch froh sein, daß wir Arbeit haben." – Kollegen, das wäre falsch! Wer schmeißt denn die 3 000 Arbeiter in Bruchsal raus? Das sind doch die gleichen Kapitalisten, die uns auch in Witten ausbeuten. Denken sie in Witten etwa menschlicher, wenn Witten unprofitabel werden würde? Keinesfalls. Dann ständen wir auf der Liste. Und sie würden uns genauso belügen. Das haben wir ja jetzt gesehen. Acht Werkzeugmacher sind wegen Arbeitsmangel jetzt entlassen worden. Und hieß es nicht auf der letzten Belegschaftsversammlung, wir brauchten uns keine Sorgen zu machen, im Werkzeugbau würde keiner entlassen? Bruchsal oder Witten. Wir haben alle den gleichen Feind: Die Kapitalisten, die uns ausbeuten und unterdrücken.

Siemens Witten läuft zur Zeit auf vollen Touren. Aber eingestellt werden nur Ferienarbeiter – das gab es schon seit langem nicht mehr. Eingestellt werden aber auch Kräfte für die Mittagsschicht, die nach einem Monat auf Frühschicht kommen. So will Siemens vor den Bruchsaler Kollegen die Einstellungen vertuschen. Dieses merkwürdige Spiel hat nur einen Grund: Die Bruchsaler Kollegen sollen nicht Wind davon bekommen, daß hier auf Hochtouren produziert wird, denn immer noch lügt Siemens ihnen Auftragsmangel vor. Und Betriebsrat Rein will uns dieses lumpige Betrugsmanöver noch schmackhaft machen, wenn er sagt: „Wir müssen das Spiel mitmachen, denn zur Zeit bringt es Witten nur Vorteile. Jeder ist sich selbst der Nächste."

Kollegen! Diese Denkart ist nicht die unsere, denn wir haben kein Interesse an Intrigen und Spaltung untereinander. Unsere Stärke liegt einzig und allein im gemeinsamen Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Unsere Stärke ist unsere Solidarität. Und letztendlich soll das Reden von Rein uns auch betrügen, als müßten wir noch dankbar für die Manöver der Kapitalisten sein. Sie machen es aber nicht für uns, sondern für ihren Profit, und wenn der bei Siemens Witten nicht mehr stimmt, dann sind wir dran.

Höheres Schmutzgeld erkämpft



Zeitung der KPD/Marxisten-Leninisten für die bremischen Häfen

Selten bekommen wir das Schmutzgeld, das uns zusteht. Gerade bei Fischmehl werden die Prozente oft nicht gezahlt. Drei Tage nach der Arbeit oder am Ende des Monats ist es für den Einzelnen schwer zu beweisen, daß er schmutzige Arbeit gemacht hat.

Die Kollegen vom Gang X mußten dieser Tage auch telefonieren und nochmals telefonieren, bis sich die Schmutzgeldkommission bequemte. Als sie dann endlich da waren, die Herren vom Betriebsrat und die anderen Bonzen, da stellten sie fest: 10%. Was aber sind 10%, wenn der Fischmehlanzug sich nicht mehr reinigen läßt. Für die Kollegen vom Gang war klar: „Die von den Inspektoren geplanten 10 Tonnen lassen wir in dieser Schicht nicht mehr raus." Es wurde langsam gearbeitet. Der Erfolg: Die Kommission mußte ein zweites Mal antanzen und konnte von den Kollegen gezwungen werden, weitere 5% draufzuschlagen.

Meldungen aus den Betrieben

SCHWEINFURTH

Am Dienstag, den 12. Oktober, sind in Schweinfurth die 6 500 Arbeiter der SKF-Kugellagerwerke in den Streik getreten. Sie protestierten damit gegen die geplante Entlassung von 50 Kollegen durch die SKF-Kapitalisten. Schon seit längerer Zeit war die Unruhe unter den Kollegen stark angewachsen. Die SKF-Kapitalisten hatten nämlich die Rationalisierung verschärft, planten, Teile des Betriebes ins Ausland zu verlegen und hatten nach und nach eine Reihe von Kollegen auf die Straße gesetzt, so daß von den ehemals 10 000 Arbeitern heute nur noch 6 500 übrig sind. Am Dienstag begann der Streik in allen drei SKF-Werken gleichzeitig. Die Kollegen zogen vor das Hauptverwaltungsgebäude. Angesichts der Kampfentschlossenheit der Kollegen machten die Kapitalisten zunächst einen Rückzieher. Um die Entlassungen doch noch durchzusetzen, schickten sie den Betriebsrat vor und erklärten, die Entlassungen würden nur dann vorgenommen, wenn dieser zustimme.

BREMEN

Bei der AG Weser-Werft in Bremen wurde Kollege Klaus W. fristlos entlassen. Der Grund: Klaus hatte die Einführung des Programmlohns, die eine Kürzung der Vorgabezeiten um 30 bis 40% bedeutet und die vom Betriebsrat inszeniert worden war, auf der letzten Branchenversammlung unter dem Beifall der Kollegen entlarvt als Versuch, die Ausbeutung zu erhöhen. Und er zeigte darüberhinaus, daß der Betriebsrat dieses Spiel der AG Weser-Kapitalisten mitgespielt hat und die Interessen der Kollegen verraten hat. Er forderte die Kollegen auf, im Kampf gegen die Kürzung der Vorgabezeiten, sich nur auf die eigene Kraft und Solidarität zu stützen. Daß der Genosse auf direkten Antrag des verräterischen Betriebsrats entlassen wurde, zeigt, welche Furcht diese Bonzen haben, daß ihr Vorgehen im Interesse der Kapitalisten vor den Kollegen offen entlarvt wird.

Aus aller Welt

NORDIRLAND

In Nordirland haben die beiden Anführerinnen der sogenannten „Bewegung Frauen für den Frieden", die nichts anderes bezwecken soll, als die nordirischen Patrioten dazu zu bringen, die Waffen aus der Hand zu legen, eine verdiente Abfuhr bekommen. Als sie nämlich an einer Protestversammlung gegen den Mord der britischen Besatzertruppen an einem 13jährigen Jungen teilnehmen wollten, um dort gegen die revolutionäre Gewalt zu hetzen, wurden sie von den dort versammelten Frauen mit den Rufen: „Raus, raus!" empfangen. Sie flüchteten, wurden aber von einer Gruppe von Frauen gestellt, verprügelt und konnten sich nur mit Mühe und Not in eine nahegelegene Kirche retten. Das war eine gerechte Strafe für diese Verräterinnen im Dienst des englischen Imperialismus. Wie verlogen ihre Propaganda ist, zeigen die Ereignisse in Nordirland jeden Tag aufs neue. Die englischen Imperialisten haben nämlich keineswegs ihren Terror gegen die einheimische Bevölkerung eingestellt, sondern ihn im Gegenteil immer mehr verstärkt. Jeden Tag werden, besonders in den Armenvierteln der Städte, Dutzende Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Außerdem ermorden auf den Straßen der Städte des Landes bewaffnete Terroristenbanden unschuldige Menschen. So drang eine solche Bande in den nördlichen Bezirken Belfasts in ein Haus ein und ermordete eine ältere Frau zusammen mit ihrem Sohn. Diesen abscheulichen Untaten geben die nordirischen Patrioten, unterstützt von der Bevölkerung, die verdiente Antwort. Allein in der letzten Woche führten sie dreizehn Aktionen durch, wodurch den englischen Besatzertruppen beträchtliche Verluste entstanden.

KOLUMBIEN

Die Chefs der herrschenden Militärjunta haben über ganz Kolumbien den Ausnahmezustand verhängt und eine Ausgangssperre verfügt. In Kolumbien verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage in der gegenwärtigen allgemeinen Krise ständig, wodurch die Lebensverhältnisse der werktätigen Massen immer schwieriger werden. Produktionsrückgang, zunehmende Inflation, Arbeitslosigkeit usw. sind die Kennzeichen der Krise, die das Land schwer getroffen hat. Darauf antworten die breiten werktätigen Massen des Landes mit entschlossenem Klassenkampf. Demonstrationen und Streiks führen nicht nur die Arbeiter der verschiedenen Wirtschaftszweige durch, sondern auch die Bauern und vor allem die Jugend. In diesen Kämpfen verankert sich auch die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten immer tiefer in den Massen, während sie gleichzeitig in den ländlichen Gebieten den bewaffneten revolutionären Kampf vorantreibt. Unter diesen Bedingungen verhängte die Militärjunta den Ausnahmezustand, um jede Revolte der werktätigen Massen niederzuschlagen.

SIMBABWE

Die simbabwischen Patrioten setzen ihre kühnen Aktionen gegen die Truppen des rassistischen Smith-Regimes fort. Die Nachrichtenagenturen melden Kämpfe, die in letzter Zeit zwischen den Patrioten und den Truppen des rassistischen Smith-Regimes im Westen des Landes in Wankie und Bulawayo sowie an den Victoria-Wasserfällen stattgefunden haben. Bei diesen Kämpfen erlitten die Feinde beträchtliche Verluste an Menschen und Material. Es wird ebenfalls gemeldet, daß Einheiten der simbabwischen Patrioten große Mengen Sprengstoff an einer strategisch wichtigen Eisenbahnbrücke des Feindes im Gebiet der Victoria-Wasserfälle anbrachten und die Brücke sprengten. Etliche Waggons eines Militärzuges des Feindes wurden dadurch zerstört. Die weitere Verstärkung des Kampfes des Volkes von Simbabwe zeigt klar seine Entschlossenheit, die verhaßte Rassistenherrschaften abzuschütteln.

USA

Die amerikanischen Großbanken verstärken ihr Eindringen in Südafrika, indem sie dem rassistischen Vorster-Regime große Finanzhilfen anbieten. So hat die „First National City Bank" Verhandlungen mit dem Regime in Pretoria aufgenommen, um ihm eine Finanzhilfe von mehr als 300 Millionen Dollar zu gewähren. Diese Bank verfügt über 15% aller Investitionen des ausländischen Kapitals in diesem Land, woraus sie große Profite schlägt und wodurch sie solche Wirtschaftszweige kontrolliert und ausbeutet wie die Titan-, Eisen- und Stahlproduktion, das Energiewesen und andere. Die vorbehaltlose Militär- und Wirtschaftshilfe Washingtons für das faschistische Vorster-Regime zeigt erneut klar die Entschlossenheit des amerikanischen Imperialismus, seinen überzeugten Handlanger zu stärken und ihn als Sprungbrett für seine Expansion in Afrika im Rahmen der heftigen Rivalität um die Vorherrschaft zu benutzen, die auf diesem Kontinent mit den russischen Sozialimperialisten stattfindet.

ISRAEL

Die israelischen Zionisten werden von den amerikanischen Imperialisten eine neue,riesige Militärhilfe bekommen. Diese Waffen werden modernster Art sein und den Wert von einer Milliarde Dollar haben. Zu den neuen Waffen, die die israelischen Zionisten von den amerikanischen Imperialisten bekommen, gehört auch die „Erstickungsbombe" CBU-55. Diese Bombe stößt in einer festgelegten Höhe über dem Erdboden ein chemisches Gemisch aus, das der Luft den Sauerstoff entzieht und das Leben im Umkreis tötet. Zum ersten Mal wurde die CBU-55 von den amerikanischen Imperialisten bei ihrem verbrecherischen Aggressionskrieg gegen die Völker Indochinas eingesetzt. Nun soll sie in den Händen der israelischen Zionisten zum Völkermord am palästinensischen Volk eingesetzt werden.

Spendet für den Aufbau des
DEMOKRATISCHEN
KAMPUCHEA
Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547 und
KPD/ML, Spendenkonto
Psch Kto. 6 420-467
PschA Dtmd.

OMAN

In letzter Zeit führten die Patrioten von Dhofar zahlreiche Angriffe auf die reaktionären Omaner Truppen durch und fügten ihnen schwere Verluste zu. Einem in letzter Zeit von der Volksfront für die Befreiung des Oman herausgegebenen Kommuniques zufolge, töteten die Patrioten von Dhofar bei ihren jüngsten Angriffen auf Konzentrationen des Feindes sieben feindliche Soldaten und verwundeten etliche weitere. In dem Kommunique wird ebenfalls betont, daß die reaktionären Truppen des Sultan Quabus, unterstützt von Flugzeugen der englischen Besatzungstruppen, ständig Luftangriffe auf die Patrioten von Dhofar unternommen haben. Trotz der barbarischen Bombardements gelang es ihnen aber nicht, in die Gebiete vorzudringen, in denen die Patrioten operieren und sie mußten sich unter Verlusten zurückziehen.



PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Spanien — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an:

GEWISO-Buchvertrieb 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Türkei



Kaiserstühler Bevölkerung

"Haltet ihn, den Filbinger!"

Zwei Jahre nach dem Beginn des Kampfes der Bauern, Winzer und anderen Werktätigen des Kaiserstuhls gegen den Bau des Atomkraftwerkes in Wyhl, hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger offenbar geglaubt, daß die Empörung und die Kampfentschlossenheit der Kaiserstühler Werktätigen inzwischen eingeschlafen seien. Er reiste deshalb nach Kiechlingsbergen am Kaiserstuhl, um seine „Verbundenheit" mit der Bevölkerung zu zeigen und Propaganda für den Bau des Atomkraftwerkes zu machen. Aber dort wurde er von über tausend empörten Menschen empfangen und konnte nur durch den brutalen Einsatz der Polizei davor bewahrt werden, eine Tracht Prügel zu bekommen.

Der Bau des Atomkraftwerkes von Wyhl bedroht nicht nur die Gesundheit und im Falle eine Katastrophe auch das Leben der Werktätigen der Umgebung, er würde auch den sicheren Ruin zahlreicher werktätiger Bauern und Winzer bedeuten. Die riesigen Kühltürme würden durch Nebelbildung vor allem die Weinernte bedrohen. Nach mehreren Jahren fruchtloser Eingaben an die Regierung, nach zahllosen Bittgängen erhoben sich daher die Kaiserstühler Werktätigen im Herbst 1974 zum offenen Kampf. Sie organisierten machtvolle Demonstrationen Tausender Menschen und besetzten den für das Atomkraftwerk vorgesehenen Bauplatz. Sie erklärten: Wir gehen nicht eher, bis wir eine sichere Garantie dafür haben, daß das Atomkraftwerk nicht gebaut wird. Die Landesregierung ließ die Polizei gegen die Demonstranten aufmarschieren, setzte Wasserwerfer ein, verhaftete zahlreiche Menschen und ließ sie brutal zusammenknüppeln.

Sie konnte jedoch den Widerstand nicht brechen. Sie setzte deshalb auf eine andere Taktik, um ihre Ziele durchzusetzen. Um Zeit zu gewinnen, brachte sie die Bürgerinitiativen dazu, der Entscheidung eines Gerichtes zuzustimmen. Bis dahin sollte der Bau aufgeschoben werden. So wollte sie den Widerstand der Kaiserstühler Bevölkerung mit Hilfe bürgerlicher Kräfte und der modernen Revisionisten eindämmen, das Vertrauen in den kapitalistischen Staatsapparat und die bürgerlichen Gerichte schüren und den Kampf von innen her zersetzen und sabotieren. In Kiechlingsbergen mußte Filbinger jedoch feststellen, daß dieser Plan bis jetzt nicht gelungen ist.

Schon als Filbinger ankam, hatten sich weit über tausend Menschen versammelt, die ihn mit Buh-Rufen und Sprechchören empfingen. Filbinger flüchtet sich in eine Gastwirtschaft. Als er durch einen Hinterausgang fliehen will, wird er entdeckt. Er wird umzingelt. Die „Badische Zeitung" schreibt:

„Pfeifkonzert, Buh-Rufe und Transparente. Leuchtraketen erbellen die inzwischen dunkel gewordene Szenerie. Aus der Ecke ertönen Sprechchöre: ‚Wir wollen unseren Führer sehen.' Der Ministerpräsident ist in der Menschenmenge vor dem Seitenausgang des Lokals eingekreist. . . . Dann tönt es schwach aus der Ecke: ‚Nazi, Nazi, Nazi'. Der Funke springt über. Immer mehr stimmen in den Tenor ein. Frenetisches Klatschen: ‚Nazi, Nazi, Nazi'. Eine wogende Menschenmenge. Raketenschüsse erleuchten die Nacht. Eine Frau ruft: ‚Hebent en, d' Filberle!' (Haltet ihn, den Filbinger!) *Ein anderer: ‚Mir hent en!'* (Wir haben ihn!), *‚lont en ja nit gange!'* (laßt ihn ja nicht gehen!)."

Einige Jugendliche spucken ihm mehrmals auf den Kopf, er wird mit Weintrauben und Tomaten beworfen und mit Transparentstangen angegriffen. Immer wieder rufen die Menschen: „Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!" Filbinger ist die Angst in die Knochen gefahren, sein Gesicht ist kreidebleich.

Erst der Polizeiverstärkung, die aus Emmendingen anrückt, gelingt es, Filbinger durch einen brutalen Knüppeleinsatz herauszuholen.

Der Haß und die Wut der Kaiserstühler Werktätigen gegen die Landesregierung, der militante und entschlossene Kampf, den sie gegen den kapitalistischen Staat führen, um den Bau des Atomkraftwerkes zu verhindern, sind vollkommen berechtigt. Nur auf diese Weise und nicht im Vertrauen auf die Versprechungen der bürgerlichen Politiker und die bürgerlichen Gerichte wird der Bau des Atomkraftwerkes verhindert werden können.



Ministerpräsident Filbinger (im Kreis) wollte „Volksverbundenheit" demonstrieren, doch er erlebte genau das Gegenteil. Die, gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl aufgebrachte Bevölkerung keilte ihn ein, um ihm eine Tracht Prügel zu verpassen.

Streiks der Arbeiter in Italien

Revisionisten rufen zum Stillhalten auf

Der Ausplünderungsplan der italienischen Regierung, um die Lasten der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen, ist auf den energischen Widerstand der Arbeiter, vor allem in den großen Städten des Nordens, gestoßen. Die Arbeiter antworteten auf den Plan der Regierung mit einer Reihe von spontanen Streiks und Demonstrationen und zeigten ihre Entschlossenheit, die Maßnahmen der Regierung mit einem Generalstreik zu Fall zu bringen. In dieser Situation stellten sich die modernen Revisionisten der „K"PI vollständig auf die Seite der Regierung, riefen die Arbeiter auf, „Opfer zu bringen", und zeigten einmal mehr, daß sie nichts anderes sind als Feinde der Arbeiterklasse, die in ihren Reihen die Interessen der kapitalistischen Ausbeuter vertreten.

Die Regierung Andreotti hatte unter anderem die drastische Erhöhung der Benzinpreise um 25%, der Kraftfahrzeugsteuer, der Tarife für Strom, Telefon und die öffentlichen Nahverkehrsmitteln sowie des Kunstdüngerpreises beschlossen.

Angesichts dieses Ausplünderungsplanes, der von der italienischen Monopolbourgeoisie und — wie Andreotti selbst zugab - von den amerikanischen, westdeutschen und anderen westeuropäischen Imperialisten diktiert ist, haben die modernen Revisionisten der „K"PI die Arbeiter aufgerufen, Ruhe zu halten und ihre Kampfaktionen offen verurteilt. So erklärte ihr Häuptling Amendola mißbilligend: „Seit langem hat man erkannt, daß man die Arbeitsplätze nicht in sturer Weise, Fabrik für Fabrik verteidigen kann. . . . Doch wenn die Schließung des Betriebes angekündigt wird, besetzen die Arbeiter diesen Betrieb, um eine Intervention des Staates zu erreichen." Er beschuldigt die Arbeiter, daß sie „auf einem falschen Standpunkt" stünden und sagt: „Opfer sind notwendig, damit das Land — vordringlich im Interesse der Arbeiter — aus der Krise herauskommt." Wenn die Bourgeoisie einen neuen Raubzug gegen die Werktätigen plant, sollen sie also stillhalten, weil das angeblich in ihrem eigenen Interesse liegt? Die modernen Revisionisten predigen die völlige Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie. Sie sind Verräter, die im Dienst der Ausbeuterklasse stehen.

Aber die Arbeiter in den Großbetrieben, die Mitglieder der von den modernen Revisionisten beherrschten Gewerkschaft CGIL haben die Aufrufe der modernen Revisionisten zurückgewiesen. In Rom, Mailand, Turin und Genua sind die Arbeiter von Fiat, Alfa Romeo und anderen Betrieben spontan in den Streik getreten. In Turin haben 500 Arbeiter sogar die Autobahn nach Mailand besetzt und für mehrere Stunden den Verkehr blockiert.

Überall wurde die Forderung nach einem Generalstreik erhoben. In Turin sah sich deshalb der revisionistische Bürgermeister der Stadt gemeinsam mit dreißig weiteren Bonzen seiner Partei gezwungen, morgens vor die Betriebe zu ziehen und für den Ausplünderungsplan der Regierung Stimmung zu machen.

Zugleich änderten die modernen Revisionisten ihre Taktik vor allem in den Gewerkschaften und versuchten sich nachträglich an die Spitze der Empörung zu stellen, um den Kampf der Arbeiter besser sabotieren zu können. So ließen sie in Turin sogar einen Generalstreik ausrufen, der allerdings auf zwei Stunden befristet war. Das war nichts anderes als ein verräterisches Manöver, um einen wirklichen Generalstreik zu verhindern und die Kapitalisten vor dem Kampf der Arbeiter in Schutz zu nehmen.

„Die Revisionistenchefs", heißt es in einem Dokument, das von der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten nach den Wahlen veröffentlicht wurde, **„haben die Pläne der Monopolbourgeoisie, die Last der Krise auf die werktätigen Massen abzuwälzen, akzeptiert. Durch die Gewerkschaftsbonzen haben sie Verträge akzeptiert, die die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen der Arbeiterklasse opfern. Sie sind zu einem Instrument im Dienst der Bemühungen der Unternehmer geworden, den Prozeß der Faschisierung voranzutreiben und ‚Ordnung' in den Fabriken herzustellen, indem sie die Fabrikräte und alle Organe, die die Interessen der Arbeiter vertreten, attackieren. . . . Unter diesen Bedingungen ist der revolutionäre Kampf das einzig wirksame Mittel, um mit der kapitalistischen Gesellschaft der Ausbeutung und Unterdrückung Schluß zu machen."**

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Dominikanische Republik

70 Jahre Kampf gegen den US-Imperialismus

Das gemeinsame Organ der marxistisch-leninistischen Organisationen der Dominikanischen Republik, „Bandiera Proletaria“, hat vor kurzem einen Leitartikel veröffentlicht, in dem die demokratischen Kräfte des Landes dazu aufgerufen werden, mutig und entschlossen gegen die Herrschaft des USA-Imperialismus und seiner Handlanger in der Dominikanischen Republik zu kämpfen. Auszüge aus diesem Leitartikel veröffentlichen wir nebenstehend.

Die Dominikanische Republik ist schon seit langem eine Kolonie des amerikanischen Imperialismus, der im Verlauf der letzten siebzig Jahre Dutzende Male Kriegsschiffe und Truppen auf die Insel schickte, um den Kampf des Volkes der Dominikanischen Republik blutig niederzuschlagen. Ebenso wie Kuba, Haiti und andere Inseln des Karibischen Meeres verwandelten die amerikanischen Imperialisten die Dominikanische Republik in eine riesige Zuckerplantage unter ihrer Kontrolle, plünderten die Bodenschätze an Eisenerz, Kupfer und Nickel und unterdrückten das Volk mit der Hilfe faschistischer Diktatoren vom Schlage eines Trujillo, der in der ganzen Welt wegen seiner Grausamkeit gegen das Volk berüchtigt war.

1904 schickten die amerikanischen Imperialisten zum erstenmal ihre Kriegsschiffe vor die Küsten der Insel. Im Jahr 1905 rissen sie die Finanzhoheit des Landes an sich und kontrollierten damit das Recht, Banknoten herauszugeben, die Zölle festzulegen und einzutreiben. Als sich das Volk der Dominikanischen Republik 1916 gegen seine Unterdrücker erhob, schickten die amerikanischen Imperialisten Truppen, die das Land acht Jahre lang besetzt hielten. 1930 brachten sie die Familie ihres Lakaien Trujillo an die Macht, dessen Herrschaft bis 1960 dauerte. Angesichts der wachsenden Empörung der Volksmassen und der Kämpfe gegen die Diktatur, ließen die amerikanischen Imperialisten Trujillo 1960 fallen und ersetzten ihn durch seinen Vizepräsidenten Balaguer. Die amerikanischen Imperialisten sahen sich sogar gezwungen, 1963 Wahlen durchführen zu lassen. Der damals gewählte Präsident Bosch war allerdings nur acht Monate im Amt und wurde durch einen von den amerikanischen Imperialisten angezettelten Militärputsch gestürzt.

Als sich das Volk der Dominikanischen Republik 1965 erneut gegen seine Unterdrücker erhob, schickten die amerikanischen Imperialisten 40 000 Soldaten der berüchtigten „Marines“, um den Aufstand niederzuschlagen. Sie wurden von Truppen der faschistischen Regime in Brasilien und Paraguay verstärkt, die sich zynischerweise den Namen einer „Friedensstreitmacht“ gaben. Die Volksmassen der Dominikanischen Republik kämpften heroisch gegen die Aggressoren. Schlecht bewaffnet, oft nur mit Stöcken, Messern und Gewehren ausgerüstet, griffen sie die Panzer der amerikanischen Imperialisten an. Bei diesen Kämpfen ermordeten die amerikanischen Imperialisten mindestens 4 000 Patrioten. Bezeichnenderweise stand an der Spitze der amerikanischen Invasionstruppen, als Sondergesandter des Präsidenten Johnson, der Präsident des Trusts „National Sugar“, Ellsworth Bunker.

Der heldenmütige Kampf des Volkes der Dominikanischen Republik fand in der ganzen Welt Unterstützung. Am 12. Mai 1965 veröffentlichte Genosse Mao Tsetung die „Erklärung zur Unterstützung des Dominikanischen Volkes in seinem Kampf gegen die bewaffnete Aggression der USA“.

Darin heißt es unter anderem: **„Die USA intervenieren in der Dominikanischen Republik mit Waffengewalt auch unter der Flagge ‚Kampf gegen den Kommunismus‘. Der ‚Kampf gegen den Kommunismus‘ der USA-Imperialisten bedeutet Kampf gegen alle Menschen, die nicht Sklaven der USA werden wollen, Kampf gegen alle, die die Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes, die nationale Würde verteidigen, Kampf gegen alle, die sich keiner Aggression, Kontrolle, Einmischung und Tyrannei durch die USA-Imperialisten aussetzen wollen. ... Die bewaffnete Intervention der USA in der Dominikanischen Republik hat unter den Völkern aller lateinamerikanischen Länder, unter den Völkern der ganzen Welt eine neue antiamerikanische Welle ausgelöst. Heldenhaftes dominikanisches Volk – Du bist in Deinem Kampf nicht allein!“**

Die unterdrückten und geknechteten Volksmassen der Dominikanischen Republik haben heute ihren Kampf gegen die USA-Imperialisten und ihre Handlanger, das Regime Balaguers, erneut verstärkt. Gleichzeitig haben die Marxisten-Leninisten des Landes sich enger zusammengeschlossen. Sie gründeten gemeinsam den Ausschuß für die Gründung der „Partei der dominikanischen Werktätigen/Marxisten-Leninisten“, um dem dominikanischen Volk in seinem Kampf für die nationale und soziale Befreiung eine Führung, einen marxistisch-leninistischen Kampfstab zu schaffen.

Leitartikel von "Bandiera Proletaria"

In dem Leitartikel von „Bandiera Proletaria“ heißt es, daß die USA-Imperialisten und ihre Verbündeten die Dominikanische Nation in die Zerstörung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur treiben.

„Alle, die unter Hunger, Arbeitslosigkeit und politischer Unterdrückung leiden, alle wirklichen Patrioten, die sich der Auslöschung der Souveränität, der Plünderung der Nationalreichtümer und der Allmacht der Monopole widersetzen, müssen ihre Kräfte immer mehr zusammenschließen, um die Regierung von Balaguer zu stürzen und die Lösungen, die uns die Amerikaner, die Grundherren und die Großbourgeoisie aufzwingen wollen, zu brandmarken und zurückzuweisen. Um diese Ziele zu erreichen, ist es das wichtigste, die Herzen und Sinne der Menschen zu gewinnen, intensiv in Fabriken, Farmen, Schulen und Familien zu arbeiten, um die Massen von der Gerechtigkeit der nationalen Sache und von ihrem Sieg zu überzeugen. Die Organisationen, die den Ausschuß zur Gründung der ‚Partei der dominikanischen Werktätigen/Marxisten-Leninisten‘ bildeten, setzen sich entschlossen dafür ein, ihre Anstrengungen mit allen Organisationen und Menschen, die die Freiheit und wirkliche nationale Unabhängigkeit wollen und dafür kämpfen, zu vereinigen, um sich der Ausbeutung und Unterdrückung zu widersetzen.“

Die Zeitung ruft Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, alle Werktätigen, kleine und mittlere Produzenten und Händler, Männer und Frauen auf, die Verantwortung zur Erfüllung ihrer patriotischen Pflicht zu übernehmen und so die Bedingungen zu schaffen, eine nationale patriotische Front zu gründen, die die gesamte Nation politisch mobilisiert, um eine Regierung zu errichten, damit das Land auf den Weg der nationalen Unabhängigkeit, der unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung, des Fortschritts, der Freiheit, des Friedens und Glücks gebracht wird, Ideale, für die so viele hervorragende Dominikaner gekämpft und heroisch ihr Leben geopfert haben.

Thailand

Rote Fahnen wehen über den Pu-Pan-Bergen

Nach dem faschistischen Putsch in Thailand (s. RM 42/76) haben die neuen Machthaber, hinter denen der USA-Imperialismus steht, öffentlich verkündet, ihr oberstes Ziel sei die „Ausrottung des Kommunismus“. So ließen sie in den letzten Tagen nicht nur weitere Hunderte revolutionärer und fortschrittlicher Menschen einkerkern, marxistisch-leninistische Schriften, darunter vor allem die Werke des Genossen Mao Tsetung, öffentlich verbrennen, sie kündigten auch neue Feldzüge gegen die von der Kommunistischen Partei Thailands geführte thailändische Volksbefreiungsarmee an. Aber diese Feldzüge werden ebenso scheitern wie die der Vergangenheit.

Seitdem am 7. August 1965 eine Gruppe thailändischer Patrioten die erste bewaffnete Aktion gegen das reaktionäre Regime in Bangkok durchgeführt hat, hat sich der bewaffnete Kampf des thailändischen Volkes aus einem Funken zu einem Steppenbrand entwickelt. Schon im November 1975 wurde der erste reguläre Verband der Volksstreitkräfte gebildet und immer mehr Provinzen wurden zu ihrem Operationsgebiet. Im Jahre 1965 waren es sechs und 1966 schon 13 Provinzen. Inzwischen hat sich der revolutionäre bewaffnete Kampf des thailändischen Volkes auf über 33 der insgesamt 71 Provinzen Thailands ausgedehnt und die thailändische Volksbefreiungsarmee operiert nicht nur im Norden und Nordosten des Landes, wo im Pu-Pan-Gebirge der bewaffnete Kampf begonnen hat, sondern auch im Süden des Landes, in den Grenzprovinzen zu Malaysia. Im Laufe der Zeit vernichtete die Volksbefreiungsarmee Tausende feindlicher Soldaten – so allein in den elf Monaten von Juli 1975 bis Juni 1976 über 2 000 – und erbeutete zahllose Waffen und Munition. Im Nordosten des Landes weht die rote Fahne in den Pu-Pan-Bergen über den befreiten Gebieten, in denen das Volk die politische Macht in den Händen hält.



Provinzen, in denen der bewaffnete Kampf geführt wird.

„Mit Hilfe des bewaffneten Kampfes des Volkes die politische Macht zu erringen, ist in unserem Land der einzig revolutionäre Weg. Nur wenn man kühn zu revolutionärer Gewalt greift, um der konterrevolutionären Gewalt mit Entschlossenheit zu begegnen, sie zu bekämpfen und zu brechen, wird der Not des Volkes endgültig ein Ende gesetzt und das Land gerettet werden“, erklärte die Kommunistische Partei Thailands 1965.

Die ganze Geschichte des Befreiungskampfes des thailändischen Volkes seither beweist die Richtigkeit dieser Feststellung.

Die großen Erfolge des revolutionären Volkskrieges des thailändischen Volkes sind vor allem das Ergebnis der richtigen Führung dieses Kampfes durch die Kommunistische Partei Thailands. Sie hat alle Versuche der Revisionisten, den Volkskrieg zu sabotieren, energisch zurückgeschlagen und unbeirrt daran festgehalten, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt. Weil in Thailand die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aus Bauern besteht, die unter dem doppelten Joch der feudalen Großgrundbesitzer und des Imperialismus leiden, hat die Partei vom ersten Tag des bewaffneten Kampfes an den Schwerpunkt darauf gelegt, die Bauernmassen zu mobilisieren, den bewaffneten Kampf auf dem Lande zu entfalten und die Städte von den Dörfern her einzukreisen. Sie hat bewaffnete Arbeitstruppen und bewaffnete Propagandatrupps organisiert und sie in die Dörfer geschickt, um unter den Bauernmassen Propagandaarbeit zu leisten, sie zu organisieren und zu bewaffnen. Diese Gruppen und Trupps haben die Bauern dazu angeleitet und unterstützt, ihre Dörfer von Spionen zu säubern und die örtlichen Despoten, die Gutsbesitzer, die sich unerhörter Verbrechen schuldig gemacht haben, zu bestrafen. Da, wo die Bedingungen dafür reif sind, werden Stützpunktgebiete errichtet.

Von der Volksbefreiungsarmee wurden zehn Regeln der Disziplin aufgestellt, die von allen ihren Angehörigen streng zu beachten sind. Dazu gehört vor allem, der Bevölkerung nicht einmal eine Nadel oder einen Faden wegzunehmen. Wenn möglich, bauen die Soldaten der Volksbefreiungsarmee sogar das Getreide für ihren eigenen Bedarf selbst an. Das alles hat das Entstehen enger, freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Volksbefreiungsarmee und den breiten Massen sehr begünstigt. Die Volksbefreiungsarmee wird von den breiten Massen der Bauern von ganzem Herzen unterstützt, sie schicken ihre Kinder als Soldaten in die Armee, liefern Getreide und helfen bei der Erkundung und beim Nachrichtendienst. All das macht die Volksbefreiungsarmee unbesiegbar.

Die thailändischen Reaktionäre und die amerikanischen Imperialisten haben in den vergangenen zwölf Jahren immer wieder versucht, den revolutionären Volkskrieg des thailändischen Volkes durch die Entsendung Zehntausender von Soldaten, durch die Verwüstung der Dörfer und brutalen Terror gegen die Bauern zu unterdrücken. Sie sind aber jedesmal gescheitert. Anstatt die Volksstreitkräfte zu vernichten, haben diese ständig an Stärke zugenommen und einen Sieg nach dem anderen errungen. Das Triumphgeschrei der neuen faschistischen Machthaber über die „Ausrottung des Kommunismus“ wird nicht lange anhalten. Unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands wird die Volksbefreiungsarmee ihre Schläge gegen den Feind verstärken und ihren Einfluß unter den Volksmassen noch mehr vergrößern. **Ihr und nicht den faschistischen Machthabern gehört die Zukunft.**

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

23. Oktober
53 Jahre Hamburger Aufstand

Am 23. Oktober ist der 53. Jahrestag des Hamburger Aufstandes. Unter der Führung der Kommunistischen Partei mit Ernst Thälmann an der Spitze griff der beste, revolutionärste Teil der Hamburger Arbeiterklasse zum Gewehr und nahm den Kampf gegen die kapitalistischen Unterdrücker auf, um der Not und dem Elend der breiten werktätigen Massen für immer ein Ende zu machen, das kapitalistische Ausbeutersystem zu stürzen und die Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats zu errichten.



Barrikaden in Hamburg-Barmbek – dem Zentrum des bewaffneten Aufstandes

1925 schrieb Ernst Thälmann, der Führer des Hamburger Aufstandes: „300 Mann standen im Schnell- und Trommelfeuer von 6 000 Söldnern der Polizei, der Reichswehr und der Marine. Sie standen drei Tage und drei Nächte. Sie schossen drei Tage und drei Nächte. Sie griffen an, sie fielen, sie wichen zurück, aber sie ergaben sich nicht. Sie retteten die Ehre der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie waren die Preisfechter der deutschen Arbeiterklasse."

Die Hamburger Arbeiter wurden niedergeschlagen. Sie unterlagen der Übermacht der Konterrevolution. Sie wurden ein Opfer des Verrats des Revisionisten Brandler und seiner Clique. Aber ihr Beispiel ist unvergessen, ihr Kampf wird immer Vorbild bleiben.

Ernst Thälmann schrieb: **„Mehr denn je muß in dieser Periode jeder deutsche Kommunist, jedes Parteimitglied, jedes Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands, jeder revolutionäre Arbeiter stets und unverrückbar das Bild des Hamburger Oktoberkämpfers vor Augen haben: kaltblütig, todesverachtend, der Sache der Arbeiterklasse grenzenlos ergeben, das Gewehr in der Hand, vor sich die Barrikade, zum Empfang des Feindes bereit und den Blick auf ein einziges Ziel gerichtet, auf das größte, stolzeste Ziel, das es für einen Kommunisten gibt: die Diktatur des Proletariats!"**

Zig weitere Prozesse gegen die revolutionäre Presse stehen bevor
Ermittlungen wegen Günters Tod erneut eingestellt

In den nächsten Wochen werden eine Reihe weiterer Prozesse gegen die kommunistische und revolutionäre Presse stattfinden, in denen die jeweiligen Redakteure angeklagt sind, weil in Artikeln dieser Zeitungen vom „Polizeimord an Günter Routhier" die Rede war.

So begann in dieser Woche die Berufungsverhandlung gegen Rainer Junck aus München, der in der ersten Instanz zu sieben Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden war, weil er den „Roten Morgen" Nr. 26 im Münchner Buchladen Roter Morgen ausgehängt hatte; in dieser Woche beginnen Prozesse gegen Peter Schulte, presserechtlich verantwortlich für Publikationen der Partei in Dortmund und gegen Dieter Kwoll, Redakteur der Zeitung „Rote Hilfe". Am 27.10. beginnt die Berufungsverhandlung gegen Verleger und Redakteure des „Roten Morgen" wegen des „Roten Morgen" Nr. 25/74, 26/74 und des damaligen Extrablattes zum Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter Routhier. Am 16.11. folgt ein weiterer Prozeß gegen den „Roten Morgen", in dem ebenfalls Artikel zum Tod des Genossen Günter Routhier angeklagt sind.

Grünes Licht für diese Prozesse erhielt die bürgerliche Klassenjustiz durch die endgültige Ablehnung einer zweiten Anzeige, die Rotraut Routhier gegen die Duisburger Polizeibeamten stellte, die bei der Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Hanfried Brenner im Juni 1974 im Einsatz waren. Das Oberlandesgericht Düsseldorf versucht in dieser Ablehnung den Eindruck zu erwekken, daß es unter Erörterung „aller Zweifelsfragen" zu dem Schluß gekommen ist, daß keinem der am Einsatz im Arbeitsgericht beteiligten Polizisten die Verantwortung für den Tod von Günter Routhier nachzuweisen ist.

Diese Vielzahl der „Erörterungen" verfehlt allerdings ihren Zweck. Dem Oberlandesgericht gelingt es weder die von Rotraut Routhier erhobene Anklage zu entkräften noch die verschiedenen, sich widersprechenden Versionen, die seit über zwei Jahren von Staatsanwaltschaft und Polizei aufgetischt werden, unter einen Hut zu bringen.

Im Gegensatz zu allen bisherigen Stellungnahmen sieht sich das Oberlandesgericht Düsseldorf jetzt gezwungen, zuzugeben, daß Günter Routhier offensichtlich an den Folgen äußerer Gewalteinwirkung starb. Das ist das entscheidende Zugeständnis, das die bürgerliche Klassenjustiz heute auf Grund des hartnäkkigen Kampfes der Partei, ihrer nicht zu widerlegenden Beweise und des von Prof. Krauland angefertigten Gutachtens machen muß. So heißt es in der Einstellungsbegründung des Oberlandesgerichts: „. . . denn nach dem Inhalt des Gutachtens ist jedenfalls ein für die Anklage ausreichender Tatverdacht dafür, daß die tödliche Verletzung des Günter Routhier auf einer irgendwie gearteten Gewalteinwirkung beruht, anzunehmen." Durch dieses Eingeständnis aber hat sich das Oberlandesgericht selbst den Boden auch für den geringsten Anschein der Glaubwürdigkeit seiner „Argumente" gegen die Anklagen der Partei entzogen. Sie sind sämtlich Schutzbehauptungen zugunsten der fraglichen Polizeibeamten, die an Offenheit teilweise nichts zu wünschen übrig lassen. Das fängt bereits damit an, daß das Oberlandesgericht durch formale Tricks und Verdrehungen von den 37 Polizeibeamten, gegen die Anzeige erstattet wurde, 33 von vorneherein aus seinen „Erörterungen" der Umstände im Arbeitsgericht ausschaltet. Das geht weiter damit, daß die Aussage von Rotraut Routhier, der ihr Mann berichtet hatte, daß er durch einen Stoß in den Rücken die Treppe hinuntergestürzt sei, mit der Begründung nicht weiter beachtet wird, daß hier ja nur die früheren Aussagen von Rotraut Routhier vor dem Landeskriminalamt „präzisiert" würden. In Wirklichkeit war auf diese Aussage deshalb in der Anzeige noch einmal hingewiesen worden, weil sie in der entsprechenden Gesprächsnotiz über ein Gespräch zwischen Beamten des Landeskriminalamtes und Rotraut Routhier weggelassen worden war!

Das gipfelt schließlich darin, daß das Oberlandesgericht gerade die Tatsache, daß bei einem Bluter wie Günter Routhier auch die kleinste Gewalteinwirkung zum Tode führt, nicht etwa gegen die fraglichen Polizisten, sondern zu ihren Gunsten verwendet. In der Ablehnungsbegründung heißt es: „Den beim Einsatz im Verhandlungssaal tätigen Polizeibeamten kann nicht widerlegt werden, daß dort (beim Umkippen mit dem Stuhl) Routhier keinerlei Verletzungen (Anstoß an den Kopf) davongetragen hat. Andererseits kann zu Gunsten der Polizeibeamten, die im Einsatz im Treppenhaus tätig waren, nicht ausgeschlossen werden, daß die die Blutung auslösende Verletzung nicht erst beim Sturz im Treppenhaus, sondern bereits vorher verursacht worden war." „Da jede einzelne . . . Gewalteinwirkung bereits für sich allein . . . angesichts der schweren Bluterkrankheit zum Tode geführt hätte, läßt sich eine zurechenbare Verursachung für keinen der Beschuldigten mit hinreichender Wahrscheinlichkeit feststellen." Mit anderen Worten: Weil's alle gewesen sein könnten, war's keiner. Wirklich eine bestechende Logik! Genauso bestechend wie die „Ermittlungsmethode", erst den Beweis auszuschalten (die Aussage von Rotraut Routhier über den Stoß, der Günters Sturz auf der Treppe verursachte), um dann bedauernd festzustellen, daß man mangels Beweisen keinem der Beschuldigten mit „hinreichender Wahrscheinlichkeit" etwas nachweisen könne!

Da auch das Oberlandesgericht wohl merkt, daß es allein mit dieser Argumentation seinen Auftrag zu offen enthüllt, wird in der Ablehnungsbegründung vorsichtshalber noch auf zwei Standardargumente der Justiz zurückgegriffen: erstens auf das Argument, daß sowohl bei den Vorgängen im Arbeitsgericht als auch auf der Treppe keiner der Polizisten seine Hand im Spiel hatte, Günter Routhier vielmehr beide Male „zu Fall" kam und zweitens auf das Argument, daß, wie es in der Ablehnungsbegründung heißt, „das Gutachten von Professor Krauland kein geeignetes Beweismittel (sei), alle diese Zweifelsfragen zu klären."

Auf das erste Argument braucht hier nicht weiter eingegangen zu werden. Das Oberlandesgericht weiß selbst, daß es nicht stimmt. Es kennt schließlich die Zeugenaussagen, insbesondere diejenige von Rotraud Routhier, und hat sie ja gerade deshalb abgelehnt, weil sie dieses „Argument" als Lüge entlarven. Was das zweite Argument angeht, so ist es nichts anderes als ein Versuch der bürgerlichen Klassenjustiz, ihre Hände, die seit Jahr und Tag daran arbeiten, die wahren Todesursachen von Günter Routhier zu vertuschen, die Verantwortlichen an seinem Tod zu decken, in Unschuld zu waschen und sich selbst aus dem Schußfeld zu bringen.

Dieser Versuch ist allerdings zum Scheitern verurteilt. Das wird sich auch bei den bevorstehenden Prozessen zeigen. Die Partei wird niemals aufhören, die Wahrheit über den Tod ihres Genossen zu verbreiten, sie wird niemals aufhören nachzuweisen, daß der Fall Günter Routhier kein Einzelfall ist, sie wird niemals aufhören, die Massen zum Kampf gegen die politische Unterdrückung, gegen die Diktatur der Bourgeoisie aufzurufen und sie im Kampf für die sozialistische Revolution zusammenzuschließen.

Antikriegstagsprozeß in München
1 Jahr Gefängnis - 2 000 DM Geldstrafe

Am 7., 8. und 11. Oktober fand in München der Berufungsprozeß des Genossen Dieter V. statt. Genosse Dieter war in erster Instanz von der bürgerlichen Klassenjustiz zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden, weil er an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 in München teilgenommen haben soll.

Neben den völlig unglaubwürdigen Aussagen des Berufszeugen Forstner von der Münchner Kriminalpolizei, der schon in allen vorherigen Prozessen zum Roten Antikriegstag dem Gericht die Aussagen lieferte, die jeweils gebraucht wurden, konnte die bürgerliche Klassenjustiz lediglich einen „Beweis" anführen: verwackelte und undeutliche Photos von der Demonstration, auf denen angeblich unter den vielen Demonstranten auch Genosse Dieter zur Hälfte zu sehen sein soll. Allein dies hatte der bürgerlichen Klassenjustiz ausgereicht, Genossen Dieter in der ersten Instanz zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung zu verurteilen.

Im jetzigen Berufungsprozeß gelang es, diesen „Beweis" völlig zu erschüttern. Der Polizeizeuge Forstner verwickelte sich bei näherer Befragung immer offener in Widersprüche. Auch der angebliche Fotograf der Bilder, der bei der Bildzeitung arbeitet, konnte entlarvt werden. Als ihm nachgewiesen wurde, daß er nicht einmal beweisen könne, daß diese Bilder von ihm fotografiert worden seien, behauptete er plötzlich, er könne sich genau daran erinnern, wie er diese Fotos während der Demonstration geschossen habe. Er erinnere sich genau an die Einstellung usw. Dagegen hatte er noch während der 1. Instanz behauptet, sich nicht mehr erinnern zu können, wen er wie und von wo bei der Demonstration fotografiert habe.

Dennoch behauptete das bürgerliche Klassengericht schlichtweg weiter, Dieters Teilnahme an der Demonstration sei erwiesen und verurteilten ihn deswegen. Das Urteil, das jetzt auf ein Jahr Gefängnis mit Bewährung lautet, ist zwar ein gewisser Erfolg. Zugleich aber sind die Bedingungen dieser „Bewährung" eine Unverschämtheit. Das Urteil wurde auf vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt und Genosse Dieter wurde zusätzlich noch zu einer Geldstrafe von 2 000 DM verurteilt. Es ist ein Urteil, wie Genosse Dieter am Ende des Prozesses nachwies, das mit den Tatsachen nichts zu tun hat, sondern ein offenes Gesinnungsurteil ist.

Selbstbekenntnis des Versuchs der Revision gefällter Urteile und der Restauration

Kommentar zu einem auf Deng Hsiao-pings Veranlassung verfaßten Artikel

Von der Massenkritikgruppe der Peking- und der Tjinghua-Universität

Auf Veranlassung Deng Hsiao-pings, des besserungsunwilligen Parteimachthabers auf dem kapitalistischen Weg, wurde im letzten Jahr, als er mit großem Kraftaufwand den auf die Revision gefällter richtiger Urteile abzielenden Wind von rechts anfachte, ein Artikel mit dem Titel „Über das Hauptkettenglied für jede Arbeit der ganzen Partei und des ganzen Landes" verfaßt. In diesem Artikel wird lautstark erklärt, das Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten"* wäre nicht nur für „die Gegenwart", sondern auch für „die kommenden 25 Jahre" das „Hauptkettenglied für jede Arbeit". Dieser Artikel mit über zehntausend Wörtern, dem keine Zeit mehr zur Veröffentlichung blieb, ist ein großes giftiges Unkraut. Er stellt ein einmaliges Schulungsmaterial durch negatives Beispiel und ein Selbstbekenntnis des Versuchs der Revision gefällter richtiger Urteile und der Restauration dar. Die Analyse dieses Artikels läßt noch klarer erkennen, daß Deng Hsiao-pings Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" ein durch und durch revisionistisches Programm ist, daß diese rechtsabweichlerische, auf die Revision gefällter richtiger Urteile abzielende Aktivität auf einer Theorie beruht, ihr ein Programm zugrunde liegt und daß sie organisiert und verschwörerisch ist.

Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß Deng Hsiao-ping große Hoffnung auf diesen Artikel setzte. Er behauptete damals: „Die Veröffentlichung des Artikels wird wie ein Faustschlag wirken." Was für eine „Faust" meinte er und auf was wollte er losschlagen? Betrachtet man den konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz, bei dem eine Handvoll Klassenfeinde Brände legte und Menschen schlug, dann wird ersichtlich, daß die Bourgeoisie innerhalb und außerhalb der Partei ständig beide „Fäuste" schwingt – die konterrevolutionäre öffentliche Meinung und die konterrevolutionäre Gewalt. Mit ihrer revisionistischen „Faust" sollte auf die Große Proletarische Kulturrevolution, die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao und das sozialistische System der Diktatur des Proletariats losgeschlagen werden.

Unter der Flagge des „Kampfes gegen die Linksabweichung" die große Kulturrevolution angreifen

In diesem Artikel über das sogenannte „Hauptkettenglied" wird von Anfang bis Ende die große Kulturrevolution unter der Flagge der „Kritik an Lin Biao" und des „Kampfes gegen die Linksabweichung" angegriffen. Lin Biao verfolgte eine ultrarechte revisionistische Linie, die Verfasser aber stellten diese Linie mit unlauteren Absichten als eine „ultralinke" Linie hin und brachten die sensationelle Behauptung vor, es müßten die „giftigen Einflüsse" der sogenannten „Linksabweichung" „gründlich liquidiert" werden, es könne „erst dann eine politische Situation der Stabilität und Einheit entstehen". Da diese Leute konsequent einen ultrarechten Standpunkt beziehen, ist die große Kulturrevolution in ihren Augen „ultralinks". Ihr sogenannter „Kampf gegen die Linksabweichung" bedeutet einen Kampf gegen die marxistisch-leninistische Linie des Vorsitzenden Mao. Ihre „Kritik an Lin Biao" ist eine Vortäuschung, in Wirklichkeit wollen sie die große Kulturrevolution verneinen.

Was ist die Große Proletarische Kulturrevolution? Sie ist Klassenkampf. Sie ist ihrem Wesen nach eine große politische Revolution des Proletariats unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen. Das Hauptangriffsziel der Bewegung sind die den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber innerhalb der Partei. Der Vorsitzende Mao hat vor kurzem erklärt: **„Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch."** Die Tatsache zu bestreiten, daß das Hauptobjekt der großen Kulturrevolution die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg sind, bedeutet die Kulturrevolution als Ganzes verneinen. Deng Hsiao-ping erklärte verleumderisch, die große Kulturrevolution habe „erfahrene Kader getroffen". In dem auf seine Veranlassung verfaßten Artikel wird der Angriff noch offener darauf konzentriert, daß die große Kulturrevolution „die guten Kader der Partei" „von führenden Posten abgesetzt" habe. Hier muß man fragen: Sollten die zwei bürgerlichen Hauptquartiere Liu Schao-tschis und Lin Biaos nicht abgesetzt werden? Sollte die Handvoll in die Partei eingeschlichener Verräter, Geheimagenten und Konterrevolutionäre nicht hinausgesäubert werden? Sollten die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg nicht entlarvt und verurteilt werden? Die große Kulturrevolution hat der Masse der Kader eine tiefgehende Erziehung im Klassenkampf und Linienkampf gegeben und eine Anzahl von Kadern, die Fehler gemacht hatten, gerettet. Das kommt ihnen für die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zugute. Der Artikel über das „Hauptkettenglied" erwähnt mit keinem Wort die wichtigen Weisungen des Vorsitzenden Mao über den Charakter, das Objekt und die Aufgaben der Großen Proletarischen Kulturrevolution, verleumdet aber den **Kampf gegen die Machthaber auf dem** kapitalistischen Weg als „ultralinks", verflucht böswillig die große Kulturrevolution und erhebt Klage um jene besserungsunwilligen Machthaber auf dem kapitalistischen Weg, mit dem Ziel, die Unzufriedenheit mit der großen Kulturrevolution unter denjenigen Kadern, die Fehler begangen haben und von den Massen kritisiert worden sind, zu schüren. Das zeigt einmal mehr, daß Deng Hsiao-pings Gelöbnis, „das gefällte Urteil nie umzustoßen", nichts anderes ist als eine Wiederholung des alten, von den Anhängern des Konfuzius und Menzius in folgenden Worten zusammengefaßten Tricks: „Der Wurm zieht sich zusammen, um sich dann auszudehnen."

Die Große Proletarische Kulturrevolution ist eine beispiellose große Massenbewegung. **„In keiner früheren Massenbewegung sind sie in derart großem Umfang und derart tiefgehend mobilisiert worden wie diesmal."** Der Vorsitzende Mao hat den revolutionären Geist der Millionen und Abermillionen Massen, die sich mutig zur Rebellion gegen die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg erhoben, sehr geschätzt und begeistert gewürdigt. Die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats haben bewiesen, daß man, um den Machtantritt des Revisionismus zu verhüten, sich nicht allein auf eine Minderheit stützen kann, sondern das Volk des ganzen Landes zum Kampf mobilisieren muß. Die große Kulturrevolution ist eben eine große Praxis, in der man die breiten Massen zur Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus mobilisiert und sich dabei auf sie stützt. Deng Hsiao-ping, der stets an Konfuzius' idealistischer Geschichtsauffassung von der „Weisheit der Hochgeborenen und der Unwissenheit der Niedrigen" festhält, verstieg sich zu der Behauptung: „Das Stützen auf die Arbeiter, Bauern und Soldaten ist nur relativ." Auf seine Veranlassung hin heißt es in dem Artikel über das „Hauptkettenglied" verleumderisch, die Massen seien geneigt, blindlings mitzulaufen und ziellos zu rebellieren. In den Augen der Verfasser sind die Volksmassen einfach ignorante Rowdys. Daß diese Leute die Massenbewegung der großen Kulturrevolution derart heimtückisch attackiert haben, beweist gerade, daß dieser Kampf ihre empfindlichste Stelle getroffen und die gigantische Macht der revolutionären Massenbewegung gezeigt hat. Sie haben sich den Massen gegenübergestellt und ihren Haß an der Mehrheit, an den Massen, ausgelassen. Das hat das reaktionäre patrizierhafte Wesen dieser Bourgeois innerhalb der Partei voll und ganz ans Licht gebracht. 1959, als der Vorsitzende Mao die Absurditäten Peng Dö-huais, eines Anführers der revisionistischen Linie, gegen die revolutionäre Massenbewegung schonungslos zurückwies, erklärte er: **„Habt ihr gelesen, wie Lenin den Renegaten Plechanow und jene ‚Herren Bourgeois und ihre Schleppenträger', ‚die Hunde und Schweine der sterbenden Bourgeoisie und der hinter ihr einhertrottenden kleinbürgerlichen Demokratie' kritisierte? Wenn nicht, solltet ihr das nicht mal lesen?"** Als er Anordnung gab, den Artikel zu verfassen, verbreitete Deng Hsiao-ping gleichzeitig den Unsinn: „Man soll jene in der großen Kulturrevolution angefallenen Probleme völlig vergessen, überhaupt nicht an sie denken und sie nicht mehr erwähnen. Ich habe ein kurzes Gedächnis und habe alles vergessen." Mit ein paar Worten hat er seinen Groll und Haß gegen die große Kulturrevolution klar zum Ausdruck gebracht. Seine Worte sind so zu verstehen, daß er keine Rücksicht auf die große Kulturrevolution nehmen, sie als Nichts betrachten und weiter den kapitalistischen Weg wie früher gehen wollte. Wenn er behauptete, er habe „ein kurzes Gedächnis" und „alles vergessen", so ist das nur Lug und Trug. Seine wütenden Aktivitäten waren ein sprechender Beweis dafür, daß er sich Tag und Nacht nach einer Abrechnung mit der Kulturrevolution und nach der Restauration sehnte und daß er niemals Ruhe gegeben hätte, bis das Proletariat und das gesamte revolutionäre Volk niedergeschlagen und die unbestreitbar richtige Bewertung der großen Kulturrevolution annulliert wären.

Mit der Ausrichtung als Knüppel – Annullierung der richtigen Bewertung der Kulturrevolution

Um die richtige Bewertung der großen Kulturrevolution zu annullieren, sagte Deng Hsiao-ping voller Hintergedanken: „Jetzt gibt es auf allen Gebieten das Problem der Ausrichtung." In dem auf seine Veranlassung geschriebenen Artikel heißt es: „Es ist notwendig, mit den drei Weisungen als Hauptkettenglied die reichen Erfahrungen, die seit Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution gemacht worden sind, zusammenzufassen, konkrete politische Richtlinien für die verschiedenen Arbeiten auszuarbeiten und anhand dieses Hauptkettenglieds für jede Arbeit und der verschiedenen politischen Richtlinien die Arbeit auf allen Gebieten anzuleiten und auszurichten." Sie forderten also, mit „den drei Weisungen als Hauptkettenglied" die große Kulturrevolution „zusammenzufassen". Bedeutet das nicht, die auf dem IX. und X. Parteitag unserer Partei gemachte Zusammenfassung der großen Kulturrevolution für ungültig zu erklären? **„Diese Große Proletarische Kulturrevolution ist absolut notwendig und wird genau zur rechten Zeit durchgeführt, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhüten und den Sozialismus aufzubauen."** Gilt diese Weisung des Vorsitzenden Mao nicht mehr? Es liegt auf der Hand, daß eine „Zusammenfassung" in Übereinstimmung mit Deng Hsiao-pings revisionistischem Programm und revisionistischer Linie nichts anderes als eine rachsüchtige Konterattacke gegen die große Kulturrevolution gewesen wäre. Darüber hinaus hat er gefordert, verschiedene politische Richtlinien „auszuarbeiten" und die Arbeit auf allen Gebieten „auszurichten". Dabei beabsichtigte er, die vom Vorsitzenden Mao für unsere Partei ausgearbeiteten proletarischen politischen Richtlinien zu negieren, sich ihnen zu widersetzen und nach dem Bild der Bourgeoisie die Arbeit auf allen Gebieten sowie unsere Partei und unseren Staat umzugestalten.

In dem Artikel über das „Hauptkettenglied" werden in einem Zug neun Aspekte, die „auszurichten" sind, erwähnt, wobei der „Schwerpunkt" auf die Parteiausrichtung gelegt wird, mit der Ausrichtung der Führungsgremien als „Schlüssel". Die Verfasser erhoben ein hysterisches Geschrei, daß es notwendig sei, die sogenannten „antimarxistischen Klassenfeinde" niederzuschlagen und „die Führungsmacht zurückzuerobern". Was sie „antimarxistische Klassenfeinde" nennen, hat einen bestimmten reaktionären Sinn. Damit sind die proletarischen Revolutionäre, die die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao entschlossen durchführen, gemeint. Da sie Revisionismus praktizieren, sehen sie selbstverständlich diejenigen, die am Marxismus und an der Diktatur des Proletariats festhalten, als ihre Klassenfeinde an. Sie haben außerdem böswillig die sogenannten „antimarxistischen Klassenfeinde" mit dem Renegaten und Landesverräter Lin Biao in Verbindung gebracht und erklärt, diese Leute hätten „das Erbe von Lin Biao übernommen" und „die alten Tricks von Lin Biao angewandt". In Wirklichkeit sind diese Worte eine genaue Selbstbeschreibung. Die im Kampf zur Abwehr des Windes von rechts an den Tag gebrachten zahlreichen Tatsachen haben bewiesen, daß es kein anderer als der besserungsunwillige Machthaber auf dem kapitalistischen Weg Deng Hsiao-ping ist, der wahrhaft das Erbe der revisionistischen Linie Liu Schao-tschis und Lin Biaos übernommen, den alten Trick, mit „rotem Fähnchen" gegen die rote Fahne zu kämpfen, angewandt und den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen wie tollwütig bekämpft hat. Sie haben demagogische Propaganda getrieben, Verwirrung gestiftet, die Große Proletarische Kulturrevolution mit Schmutz beworfen, die proletarischen Revolutionäre verunglimpft und das ausgesprochen, was die Handvoll offener und versteckter Konterrevolutionäre nicht zu sagen wagte. Der Kernpunkt liegt in dem Versuch, unsere Partei und die Massen zu spalten und dem Proletariat die Macht zu entreißen.

Warum wollte Deng Hsiao-ping so hastig die richtige Bewertung der großen Kulturrevolution annullieren und dem Proletariat die Macht entreißen? Der Artikel über das „Hauptkettenglied" ist dazu die beste Fußnote: Er wollte die Änderung der grundlegenden Linie der Partei und die allseitige Restauration des Kapitalismus.

Restauration des Kapitalismus unter dem Vorwand des Anpackens der Produktion

Schon zu Beginn sagt der Artikel, auf der 2. Plenartagung des X. Zentralkomitees der Partei und dem IV. Nationalen Volkskongreß sei die grandiose Aufgabe der Entwicklung von Chinas Volkswirtschaft in den kommenden 25 Jahren gestellt worden. Anschließend erklären die Verfasser ganz offen das Programm. „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" zu dem „Hauptkettenglied der Arbeit" in den kommenden 25 Jahren. Hierin haben sie mit Absicht den Geist der 2. Plenartagung des X. Zentralkomitees der Partei und des IV. Nationalen Volkskongresses verfälscht und die Losung unserer Partei, den Klassenkampf beharrlich als Hauptkettenglied anzupacken und in den kommenden 25 Jahren die sozialistische Modernisierung zu verwirklichen, entstellt. Mit dem Diebestrick „Balken und Pfeiler durch wurmstichiges Bauholz ersetzen" haben sie die „25 Jahre" übernommen und diese ihrem Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied" hinzugefügt. Sie haben die Beziehung zwischen Revolution und Produktion sowie Politik und Ökonomie, also dem Kommandierenden und dem Kommandierten, auf den Kopf gestellt und die Verwirklichung der Modernisierung an eine über allem stehende, dominierende Stelle gesetzt, indem sie behaupteten, das Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" ziele einzig und allein auf die Verwirklichung der Modernisierung hin. So ist der Klassenkampf, dieses Hauptkettenglied, liquidiert und die grundlegende Aufgabe der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats aus der Welt geschafft worden, und es bleibt nur eine sogenannte „Modernisierung" übrig. Wäre auf diese Weise unsere Partei etwa nicht zu einer „Produktionspartei", zu einer revisionistischen Partei geworden und wäre nicht auch das Programm unserer Partei revidiert worden? Wenn man danach handelte, hätte ganz China in weniger als 25 Jahren seine politische Farbe gewechselt.

Der Marxismus vertritt die Ansicht, daß im Gesamtverlauf der historischen Entwicklung die Produktivkräfte und die ökonomische Basis im allgemeinen die hauptsächliche, entscheidende Rolle spielen. Doch gleichzeitig muß man anerkennen, daß die Produktionsverhältnisse auf die Produktivkräfte und der Überbau auf die ökonomische Basis zurückwirken. Wenn die alten Produktionsverhältnisse und der alte Überbau die Entwicklung der Produktivkräfte und der ökonomischen Basis behindern, dann spielt die Änderung der Produktionsverhältnisse und des Überbaus die hauptsächliche, entscheidende Rolle. In der Periode der demokratischen Revolution wies der Vorsitzende Mao in seiner Schrift „Über die Koalitionsregierung" darauf hin: **„Die Frage, welche Rolle die Politik und die Praxis dieser oder jener politischen Partei Chinas im Leben des chinesischen Volkes spielt, ob eine positive oder negative, eine große oder kleine, wird letzten Endes dadurch bestimmt, ob und inwieweit die Politik und die Praxis der betreffenden Partei die Entwicklung der Produktivkräfte des chinesischen Volkes fördern, ob sie die Produktivkräfte fesseln oder freimachen."** Anschließend erklärte er: **„Nur die Vernichtung der japanischen Aggressoren, die Durchführung der Bodenreform, die Befreiung der Bauernschaft, die Entwicklung einer modernen Industrie, der Aufbau eines unabhängigen, freien, demokratischen, geeinten, reichen und mächtigen China – nur die Verwirklichung all dessen kann die gesellschaftlichen Produktivkräfte in China freimachen und wird die Billigung des chinesischen Volkes finden."** Hier betonte der Vorsitzende Mao, daß nur die Revolution die Produktivkräfte freimachen kann. Auch in der sozialistischen Periode unterstreicht er stets die fördernde Rolle der ständigen Änderung der Produktionsverhältnisse und des Überbaus für die Entwicklung der Produktivkräfte und hat für unsere Partei die Richtlinie ausgearbeitet: **Die Revolution anpacken, die Produktion fördern.** Die schwungvolle Entwicklung aller Zweige des Aufbaus in China seit Beginn der großen Kulturrevolution liefert einen schlagenden Beweis dafür, daß diese große Revolution eine mächtige Triebkraft für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte Chinas ist.

Um das revisionistische Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" durchzusetzen, greift der Artikel über das „Hauptkettenglied" mit allen Mitteln die Richtlinie **die Revolution anpacken, die Produktion fördern** und die Voranstellung der proletarischen Politik an und versucht, in großem Stil den Plunder vom Primat der Produktivkräfte an den Mann zu bringen. Unverfroren wird jenes Zitat des Vorsitzenden Mao aus der Schrift „Über die Koalitionsregierung" entstellt und mit dem üblen Zerstückelungstrick vorsätzlich die letzte Hälfte jenes Zitats weggelassen. Die Revolution außer acht lassend, sprechen die Verfasser von der Produktion und meinen, wenn man nur die Produktion voranbringen könnte, wäre man schon „ein wahrer Revolutionär" und verfolgte, ungeachtet des Weges, den man einschlägt, „eine korrekte Linie". Mit einem Wort, was sie propagieren, ist immer noch die von Deng Hsiao-ping gepredigte Theorie der „weißen Katze und schwarzen Katze". Folgt man dieser Logik, wären die zwei Supermächte nicht „am korrektesten" und „am revolutionärsten", nur weil sie am meisten Stahl und Atombomben besitzen? Wären viele Länder der Dritten Welt nicht „am unkorrektesten" und „am unrevolutionärsten", weil sie wegen der Kontrolle und Ausplünderung durch Imperialismus und Sozialimperialismus wirtschaftlich noch zeitweilig unterentwickelt sind? Schaut her, was diese Leute, die behaupteten, sie „begreifen den Marxismus", für absurdes Zeug verzapfen!

Historische Erfahrungen zeigen, daß neue wie alte Revisionisten häufig großen Lärm um die Wirtschaft machen, in der Absicht, die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats zu bekämpfen. In ihren Fußstapfen marschierte Deng Hsiao-ping und tat so, als wäre er derjenige, der sich am meisten um die Produktion kümmere und am meisten von der Produktion verstünde, als wäre er ein Wirtschafts„spezialist", alles in dem Versuch, unter dem Vorwand des Anpackens der Produktion den Kapitalis-

Fortsetzung auf Seite 12

* Das revisionistische Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" wurde im Sommer 1975 aufgetischt. Deng Hsiao-ping, der besserungsunwillige Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg, schwenkte ein „rotes Fähnchen", um gegen die rote Fahne zu kämpfen. Durch einen eklektizistischen Trick hat er mit hinterhältiger Absicht die Weisungen des Vorsitzenden Mao entstellt, indem er die Weisung über das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats zur Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus mit den Weisungen über Stabilität und Einheit und über die Voranbringung der Volkswirtschaft gleichstellte und sie als das „Hauptkettenglied für jede Arbeit" bezeichnete. Damit hat er den Hauptwiderspruch mit Nebenwidersprüchen vertauscht und das Primäre durch das Sekundäre ersetzt, die grundlegende Linie unserer Partei verneint und die wiederholte Weisung des Vorsitzenden Mao bestritten, daß man während der Periode des Sozialismus bei jeder Arbeit den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anpacken müsse.

Die Lehren des Vorsit über die Fortführung im Sozialismus si

„Die Ausführungen des Genossen Mao Tsetung über die Weiterführung der Revolution unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats stellen eine bedeutende Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus in dieser Frage, die für die Arbeiterbewegung von lebenswichtiger Bedeutung ist, dar." (Aus der Beileidsadresse des ZK der KPD/ML) Genosse Mao Tsetung war der größte Marxist-Leninist unserer Zeit, sein für alle Zeiten unsterbliches Werk ist die Fortsetzung des Werkes von Marx, Engels,



Vorsitzender Mao Tsetung persönlich initiierte und leitete die Große Proletarische Kulturrevolution, die die bürgerlichen Hauptquartiere um Liu Schao-tschi und Lin Biao zerschlug und die Diktatur des Proletariats in China festigte. Genossin Tjiang Tjing, seine Frau, war seine enge Kampfgefährtin, die sich vor allem bei der Revolution im Bereich von Kunst und Literatur große Verdienste erwarb.



Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, der im Jahre 1973 stattfand, war ein Parteitag des Sieges der revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung. Genosse Wang Hung-wen erstattete im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas den Bericht über die Abänderung des Parteistatuts. Auf Grund der im Kampf zweier Linien gewonnenen Erfahrungen wurde das Statut in sechs Punkten abgeändert. Als erster Punkt der Abänderungen wurden folgende Sätze in das Statut neu aufgenommen: „Die Große Proletarische Kulturrevolution in unserem Land ist gerade eine große politische Revolution, durchgeführt vom Proletariat unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen, zur Konsolidierung der Diktatur des Proletariats und zur Verhütung einer Restauration des Kapitalismus. Revolutionen dieser Art werden in Zukunft noch mehrmals durchgeführt werden."



Millionen Werktätige in ganz China demonstrierten im April dieses Jahres gegen den bürgerlichen Machthaber auf dem kapitalistischen Weg Deng Hsiao-ping und eine Handvoll von Klassenfeinden, die auf dem Tiänanmen-Platz einen konterrevolutionären Zwischenfall inszeniert hatten. Sie alle gelobten, der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao zu folgen und den Kampf zur Abwehr des auf die Revision richtiger Urteile abzielenden, rechtsabweichlerischen Windes bis zu Ende zu führen. Bild: Demonstration in Peking.

„Niemals die Existenz von Klassen und den Klassenkampf vergessen!" (1962)

„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen. Man muß die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird ein sozialistischer Staat wie unserer sich in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie haben können." (1962)

„Man muß äußerst wachsam sein gegenüber Karrieristen und Verschwörern wie Chruschtschow und verhüten, daß Halunken dieser Art die Führung in Partei und Staat auf verschiedenen Ebenen an sich reißen." (1964)

„Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie!" (1964)

„Habt ihr gelesen, wie Lenin den Renegaten Plechanow und jene ‚Herren Bourgeois und ihre Schleppenträger', ‚die Hunde und Schweine der sterbenden Bourgeoisie und der hinter ihr einhertrottenden kleinbürgerlichen Demokratie' kritisierte? Wenn nicht, solltet ihr das nicht mal lesen?" (1959; gegen den Verräter Peng Dö-huai)

„Die Bürokratenklasse auf der einen Seite und die Arbeiterklasse zusammen mit den armen Bauern und den unteren Mittelbauern auf der anderen Seite sind zwei im krassen Gegensatz zueinander stehende Klassen." (1964)

„Die Verwaltung ist selbst Gegenstand der sozialistischen Erziehung. Wenn die in der Verwaltung Tätigen nicht unter die Arbeiter in die Werkhallen gehen, nicht gemeinsam mit ihnen arbeiten, studieren und leben, nicht bescheiden von ihnen eine oder mehrere Fertigkeiten erlernen, dann werden sie sich zeit ihres Lebens in einem Zustand des scharfen Klassenkampfes mit der Arbeiterklasse befinden und letzten Endes von der Arbeiterklasse als Bourgeois gestürzt werden." (1964)

„Diese den kapitalistischen Weg gehenden Leiter wurden oder werden bürgerliche Elemente, die den Arbeitern das Blut aussaugen. Wie sollten sie die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution in vollem Umfang begreifen können? Diese Leute sind das Angriffsziel des Kampfes, das Angriffsziel der Revolution, und wir dürfen uns in der sozialistischen Erziehungsbewegung auf gar keinen Fall auf sie stützen. Wir können uns nur auf jene Kader stützen, die keinen Haß gegen die Arbeiter hegen und vom revolutionären Geist durchdrungen sind." (1964)

„Das Hauptangriffsziel der gegenwärtigen Bewegung bilden diejenigen Machthaber in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen." (1965)

„Hütet euch vor dem Aufkommen des Revisionismus, besonders vor seinem Aufkommen im Zentralkomitee unserer Partei!" (1967)

„Letzten Endes können all die Wahrheiten des Marxismus in einem Satz zusammengefaßt werden: ‚Rebellion ist gerechtfertigt.' . . . Entsprechend diesem Prinzip erhebt man sich, leistet Widerstand, kämpft, baut den Sozialismus auf." (1939)

„Rebellion gegen die Reaktionäre ist gerechtfertigt!" (1967)

„Große Unordnung im ganzen Land führt zu großer Ordnung. Und so wiederholt es sich alle sieben bis acht Jahre. Die Teufel und Dämonen kommen von selbst hervor. Ihre Klassennatur bedingt, daß sie bestimmt auf den Plan treten." (1966)

„Die Vertreter der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Häuflein von konterrevolutionären Revisionisten; sie werden, sobald die Bedingungen dafür reif sind, die politische Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie umwandeln. Wir haben bereits einige dieser Leute durchschaut, aber manche noch nicht;

manche genießen jetzt noch un
ren Nachfolgern ausgebildet wi
Chruschtschows, die noch neb
aller Ebenen müssen dieser Fr
ken." (1966)

„Sie sind ergebene Lakaien
mus und klammern sich gemein
Unterdrückung und Ausbeutun
geoisie und an das kapitalistisch
die Ideologie des Marxismus-Le
sellschaftssystem bekämpfen."
Kampf auf Leben und Tod . . ."
ebenfalls unvermeidlich ein Kan

„Schließen wir uns zusamm
gen!" „Wenn wir von Sieg sprec
len, daß unter der Führung des
sen im ganzen Land zusammeng
erkämpfen." „Schließen wir uns
willen: Festigung der Diktatur
Fabrik, in jedem Dorf, in jeder
verwirklicht werden." (1966)

„Im Mittelpunkt dieses Ka
macht . . . , steht die Frage, o
Staates in den Händen von Mar
soll." (1968)

„Die Große Proletarische K
dig und wird genau zur rechten
des Proletariats zu festigen, di
verhüten und den Sozialismus a

„Die Große Proletarische
nach eine unter den Bedingung
gegen die Bourgeoisie und alle
führte große politische Revoluti

„Die derzeitige große Kultu
den in der Zukunft unausbleibli

„Vielleicht muß nach einig
durchgeführt werden." (1969)

„Offensichtlich ging es nich
Großen Proletarischen Kulturr
nicht solide. Nach meiner Beob
beträchtliche Mehrheit von Bet
Gesamtheit, auch nicht von ein
denen die Führung nicht in d
der Arbeitermassen lag. Es war
der Betriebe keine guten Leut
Sekretären, stellvertretenden S
teikomitees gab es gute Mensch
Parteizellen. Aber sie folgten j
anderes als materielle Anreize
erste Stelle zu setzen und, anst
pagieren, Prämien auszugeben
Leute in den Betrieben." „Da
nicht zu Ende geführt ist." (196

„Seit 50 Jahren singen wir
Partei hat es zehnmal Leute ge
beiteten. Meiner Meinung nach
ßigmal zu so etwas kommen.
wenn ihr es nicht glaubt, ich gla

„Im Jahre 1949 wurde fest
im Lande der Widerspruch zwis
geoisie ist. 13 Jahre später wu
kampfes zur Sprache gebracht,
begann. Was ist die große Kult
Liu Schao-tschi sprach von der
kampfes, brachte ihn aber sel
sein Häuflein von Verrätern
Schutz nehmen. Lin Biao wollt
inszenierte einen Putsch. Heißt

„Warum sprach Lenin von
Bourgeoisie? Über diese Frage
Mangelnde Klarheit in dieser F

zenden Mao Tsetung des Klassenkampfes d unvergänglich!

Lenin und Stalin. Die Lehren des Vorsitzenden Mao über das Weiterbestehen von Klassen und Klassenkampf im Sozialismus, seine Weisungen, Direktiven und Worte während der Großen Proletarischen Kulturrevolution, während des Kampfes zur Zerschlagung der bürgerlichen, konterrevolutionären Pläne von Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping sind unvergänglich, von weitreichender historischer Bedeutung und höchster Aktualität!

Vertrauen und werden zu unse-
m Beispiel Leute vom Schlage
ns nisten. Die Parteikomitees
größte Aufmerksamkeit schen-

Bourgeoisie und des Imperialis-
mit diesen an die Ideologie der
s Proletariats durch die Bour-
esellschaftssystem, während sie
smus und das sozialistische Ge-
r Kampf gegen uns ist ein
aher ist unser Kampf gegen sie
uf Leben und Tod." (1966)

m noch größere Siege zu errin-
so geht es darum, sicherzustel-
letariats die breiten Volksmas-
lossen werden, um den Sieg zu
ammen, um des einzigen Zieles
Proletariats. Dies muß in jeder
ution und in jeder Lehranstalt

es steht die Frage der Staats-
Führung der Partei und des
oder von Revisionisten liegen

revolution ist absolut notwen-
durchgeführt, um die Diktatur
tauration des Kapitalismus zu
bauen!" (1967)

urrevolution ist ihrem Wesen
es Sozialismus vom Proletariat
ren Ausbeuterklassen durchge-
(1968)

lution ist nur die erste; es wer-
och mehrere erfolgen." (1967)

ahren wieder eine Revolution

hr ohne die Durchführung der
ution, denn unsere Basis war
ung gab es wahrscheinlich eine
n – ich spreche nicht von der
berwältigenden Mehrheit –, in
nd der wahren Marxisten und
cht so, daß sich in der Führung
fanden. Es gab sie. Unter den
ären und Mitgliedern der Par-
uch unter den Sekretären der
Linie Liu Schao-tschis, nichts
raktizieren, den Profit an die
ie proletarische Politik zu pro-
„Aber es gibt in der Tat üble
gt, daß die Revolution noch

Internationale', und in unserer
, die auf eine Spaltung hinar-
es noch zehn-, zwanzig-, drei-
ibt ihr das oder nicht? Auch
s jedenfalls." (1971)

lt, daß der Hauptwiderspruch
dem Proletariat und der Bour-
erneut die Frage des Klassen-
r, daß die Lage sich zu bessern
olution? Sie ist Klassenkampf.
ie des Erlöschens des Klassen-
cht zum Erlöschen. Er wollte
geschworenen Anhängern in
Proletariat niederschlagen und
rlöschen?" (1965)

usübung der Diktatur über die
man sich Klarheit verschaffen.
führt zum Revisionismus. Dies

muß im ganzen Land bewußt gemacht werden." (1975)

Übt man keine allseitige Diktatur über die Bourgeoisie aus, „dann wird unvermeidlich in nicht langer Zeit – in einigen Jahren oder in einem Dutzend Jahren, höchstens in einigen Jahrzehnten – die konterrevolutionäre Restauration das ganze Land erfassen, die marxistisch-leninistische Partei wird sich in eine revisionistische, in eine faschistische Partei verwandeln und ganz China wird die Farbe wechseln. Denkt nach, Genossen, was für ein gefährliches Bild dies wäre!" (1963)

„Nach der demokratischen Revolution sind die Arbeiter, armen Bauern und unteren Mittelbauern nicht stehengeblieben, sie wollen die Revolution. Aber ein Teil der Parteimitglieder will nicht weiter vorwärts. Manche sind zurückgewichen und gegen die Revolution aufgetreten. Warum? Weil sie hohe Beamte geworden sind und die Interessen der hohen Beamten schützen wollen." (1975)

„Unser Land praktiziert gegenwärtig unter anderem ein Warensystem, auch das Lohnsystem ist ungleich, wie das achtstufige Lohnsystem. Unter der Diktatur des Proletariats können diese nur eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen." (1975)

„Die sozialistische Revolution richtet sich nun gegen sie selbst. Während der Vergenossenschaftlichung gab es in der Partei Leute, die dagegen waren, und sie haben Widerwillen gegen die Kritik am bürgerlichen Recht. Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Diese Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch." (1976)

„Was soll das, ‚die drei Weisungen als Hauptkettenglied betrachten'! Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben; der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt davon ab." (1976)

„Dieser Mensch (Deng Hsiao-ping) packt nicht den Klassenkampf an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie. Also immer noch ‚weiße Katze, schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied." (1976)

„Eine Revision richtiger Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider!" (1975)

„Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt." „Können 800 Millionen Menschen ohne Kampf auskommen?!" (1976)

„Seit dem Sturz des Kaisers im Jahre 1911 konnten in China die Reaktionäre niemals lange an der Macht bleiben. Der, bei dem die Herrschaft am längsten dauerte (Tschiang Kai-schek), herrschte nur zwanzig Jahre, aber auch er fiel, sowie sich das Volk erhob. Tschiang Kai-schek kam an die Macht, weil er Sun Yat-sens Vertrauen ausnutzte, die Huangpu-Militärakademie leitete und um sich eine große Zahl von Reaktionären sammelte. Praktisch die gesamte Grundherrenklasse und Bourgeoisie unterstützte ihn, sowie er sich gegen die Kommunistische Partei wandte. Zu jener Zeit war die Kommunistische Partei noch unerfahren. So konnte er sich freuen und zeitweilig die Oberhand gewinnen. In diesen zwei Jahrzehnten erreichte er jedoch niemals die Vereinigung. Es gab den Krieg zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei, die Kriege zwischen der Kuomintang und den verschiedenen Cliquen der Militärmachthaber, den Chinesisch-Japanischen Krieg und schließlich den vier Jahre dauernden großen Bürgerkrieg, durch den er auf ein paar Inseln verjagt wurde. Sollten in China die Rechten einen antikommunistischen Staatsstreich inszenieren, so bin ich fest davon überzeugt, daß sie ebenfalls keine Ruhe finden werden und ihre Herrschaft sehr wahrscheinlich kurzlebig sein wird, denn die Revolutionäre, die die Interessen von mehr als 90% der Bevölkerung vertreten, werden das nicht zulassen." (1966)

„Ich unterstütze euch aufs wärmste." (1966; an die revolutionären Rebellengruppen Shanghais)

„Die Volksbefreiungsarmee soll die breiten Massen der Linken unterstützen!" (1967)

„Proletarische Revolutionäre, vereinigt euch und entreißt der Handvoll von Machthabern in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen, die Macht!" (1967)



Karrikatur der Roten Garden gegen Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping während der Großen Proletarischen Kulturrevolution.



Die übelsten Feinde und Verräter des Kommunismus und der Arbeiterklasse Arm in Arm: Liu Schao-tschi, Chruschtschow, Deng Hsiao-ping.



Bürgerliche Elemente, die der Linie Liu Schao-tschis und Deng Hsiao-pings gefolgt sind und die Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China untergraben und stürzen wollten, werden während der Kulturrevolution mit Schandhüten durch die Straßen geführt.

Kommentar zu einem auf Deng Hsiao-pings Veranlassung verfaßten Artikel

Fortsetzung von Seite 9

mus wiederherzustellen. Unter der Parole „alles für die Modernisierung" tat er einerseits alles, was in seinen Kräften stand, um sich gegen die Revolution in den verschiedenen Bereichen des Überbaus aufzulehnen, und bemühte er sich andererseits hartnäckig, auf wirtschaftlichem Gebiet seine revisionistische Linie durchzuführen, in der eitlen Hoffnung, die Orientierung des sozialistischen Aufbaus in China zu ändern. Er ging rücksichtslos mit bürgerlichen ökonomischen Ideen hausieren und machte Reklame für das Primat von Wissenschaft und Technik, für die angeblich allmächtigen revisionistischen Vorschriften und Bestimmungen und für den Vorrang individueller materieller Interessen. Wieviel er auch immer redete, er sprach nicht vom menschlichen Faktor und nicht von der Revolution und wich mit Absicht der Frage der Kritik an den den kapitalistischen Weg gehenden Machthabern aus, in dem Versuch, den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zu liquidieren. Er widersetzte sich der Parteiführung und trat für die „Leitung der Fabriken durch Experten" ein; er stellte sich gegen das Primat der proletarischen Politik und befürwortete den materiellen Anreiz; er war dagegen, sich auf die Massen zu stützen, gegen die Entfaltung großangelegter Massenbewegungen und für „Kontrollen, Einschränkungen und Unterdrückung"; er kämpfte dagegen, die zwei Initiativen, die zentrale und die örtliche, zur Geltung zu bringen, indem er nur die Entfaltung der zentralen Initiative betonte, und legte großen Wert auf die „direkte und ausschließliche Kontrolle durch zuständige Ministerien"; er trat der Richtlinie „Auf beiden Beinen gehen" entgegen und legte nur einseitig Nachdruck auf das Große und Ausländische; er lehnte sich gegen die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und das Vertrauen auf die eigene Kraft auf und verbreitete fieberhaft die Philosophie der Anbetung alles Ausländischen und die Politik des Hinterdreinkriechertums. Deng Hsiao-ping, der das Ausländische anbetete und ihm blinden Glauben schenkte, hat sich als ein kompradoren-bürgerlicher Auslandssklave entlarvt. Er hat auf diese Weise den sozialistischen Aufbau Chinas sabotiert und schlimme Folgen verursacht. Hätte man auf seine Weise gehandelt, wäre unser wirtschaftlicher Aufbau auf den kapitalistischen Abweg geraten und unser Land auf den Stand einer Kolonie und Halbkolonie zurückgefallen.

Eine Revision gefällter richtiger Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider

Das Auftischen des Artikels über das „Hauptkettenglied" beweist wiederum, daß der Klassenkampf objektiv existiert und vom Willen der Menschen unabhängig ist. Wie wild und arrogant war Deng Hsiao-ping, als er mit großer Selbstgefälligkeit einen Angriff auf das Proletariat startete! Anmaßend sprach er davon, man müsse den sogenannten „antimarxistischen Klassenfeinden" eine Niederlage zufügen, sie würden „um der Wahrheit willen kämpfen" und hätten „feste Zuversicht". Wenn es möglich gewesen wäre, hätte er das Proletariat auf einmal niedergeschlagen! Obgleich der Wind von rechts eine Zeitlang die Oberhand gewinnen möge, ist er dem Wesen nach doch äußerst schwach. **Eine Revision richtiger Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider.** Die Wahrheit liegt nicht in der Hand derjenigen, die auf die Revision gefällter richtiger Urteile und die Restauration des Kapitalismus hinarbeiten. Sie haben die größte Angst vor der Wahrheit und vor den Volksmassen, die die Wahrheit beherrschen. Kurz nachdem dieser absurde Artikel aufgesetzt worden war, witterten sie schon die Gefahr und unternahmen krampfhafte Anstrengungen, ihn immer wieder zu überarbeiten. Dabei haben sie solche Ausdrücke wie „antimarxistische Klassenfeinde" zurückgestellt. Es ist merkwürdig, daß diejenigen, die doch „antimarxistisch" und zwar „Klassenfeinde" sind, plötzlich nicht mehr niedergeschlagen werden dürfen. Warum hatten sie plötzlich ein schlechtes Gewissen, obgleich sie „um der Wahrheit willen" kämpften und „feste Zuversicht" hatten? Bei der Überarbeitung des Artikels mußten sie einige Worte hinzufügen, die ihnen schwer über die Lippen gingen. Sie starteten mit noch schlaueren und noch versteckteren Mitteln einen Angriff auf das Proletariat. Aber die Überarbeitung des Artikels ließ andererseits ihre wahre Absicht noch deutlicher erkennen und demaskierte sie noch mehr.

Die großen Revolutionen der Geschichte brauchten im allgemeinen längere Zeit für die Festigung und den Ausbau ihrer Erfolge als für ihre Durchführung. Und während der Revolutionsperiode und eines langen Prozesses nach der Revolution gab es immer den Kampf zwischen der Revision gefällter Urteile und dem Widerstand dagegen, zwischen der Restauration und deren Abwehr. Die vom Vorsitzenden Mao persönlich eingeleitete und geführte Große Proletarische Kulturrevolution hat einen breiten Weg für die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats gebahnt. Das Problem, das sie zu lösen hat, besteht darin, daß man während der Periode des Sozialismus die breiten Massen zur Revolution gegen die Bourgeoisie, besonders gegen die Bourgeoisie innerhalb der Partei, mobilisiert. Sie hat äußerst wertvolle Erfahrungen geliefert für die Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus, für die Festigung der Diktatur des Proletariats, für die Verhütung der Restauration des Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus. Der Charakter, die Aufgaben und die Bedeutung der großen Kulturrevolution bedingen, daß diejenigen, die Revisionismus praktizieren und sich mit Restauration und Rückschritt befassen, unvermeidlich die richtige Bewertung der großen Kulturrevolution zu annullieren suchen. Die Frage, ob man die große Kulturrevolution bejaht oder verneint, ist die Frage, ob man einen wahren oder einen Pseudosozialismus aufbaut, die Frage, ob man die Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zu ihrer Vollendung weiterführt oder sie auf halbem Weg aufgibt. Der gegenwärtige große Kampf zur Abwehr des Windes von rechts ist die Fortsetzung und Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution und eine wichtige Angelegenheit von erstrangiger Bedeutung, die das Geschick und die Zukunft unserer Partei und unseres Landes betrifft. Wir müssen den Angriff der Bourgeoisie entschieden zurückschlagen und die glänzenden Erfolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution konsolidieren und ausbauen, damit unser Land der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao entlang siegreich vorwärtsschreitet.

Es lebe die revolutionäre Peking-Oper

Wie wir bereits berichteten, finden gegenwärtig in Stuttgart, Hamburg, Bochum und Westberlin Aufführungen der Peking-Oper aus der Volksrepublik China statt. Die Peking-Oper mit ihren revolutionären Stücken, die heute Millionen begeistert, ist das Ergebnis der proletarischen Revolution auf dem Gebiet von Kunst und Literatur in China.

Vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der Volksrepublik China war die Peking-Oper unter Kontrolle des bürgerlichen Hauptquartiers um Liu Schao-tschi. Die aufgeführten Stücke dienten nicht dem Proletariat, sondern waren durchdrungen von der bürgerlichen Ideologie, dienten dem Ziel, den Weg zur Restauration des Kapitalismus in China zu bahnen. Ein revolutionärer Wandel war deshalb absolut notwendig.

Genosse Mao Tsetung erklärte in dieser Zeit: **„Die sozial-ökonomische Basis hat sich bereits geändert, aber die Kunst als Teil des Überbaus, der dieser Basis dienen soll, bleibt bis jetzt immer noch ein ernstes Problem. Daher ist es notwendig, daß man dieses Problem, von Untersuchung und Forschung ausgehend, gewissenhaft anpackt."** „Damit", heißt es in einem Artikel „10 Jahre Revolution der Peking-Oper", „wurden der proletarischen Revolution in Literatur und Kunst die Aufgaben gestellt und die Orientierung gewiesen. Dem Aufruf des Vorsitzenden Mao entsprechend leitete das Proletariat zuerst die Revolution in den Bereichen von Peking-Oper, Ballett und symphonischer Musik ein. Im Juli 1964 hielt Genossin Djiang Tjing auf dem Forum von Teilnehmern am Festival der Peking-Oper mit zeitgenössischen Themen zum Erfahrungsaustausch eine Rede ‚Über die Revolution der Peking-Oper'. Diese bedeutungsvolle Rede war vom marxistischen Geist des Kampfes gegen die Strömung durchdrungen und zugleich eine Kampfansage an die revisionistische Linie für Literatur und Kunst." In dieser Rede sagte Genossin Djiang Tjing unter anderem: „Es gibt gut 600 Millionen Arbeiter, Bauern und Soldaten in unserem Land, während es nur eine Handvoll von Großgrundbesitzern, reichen Bauern, Konterrevolutionären, schlechten Elementen, Ultrarechten und bürgerlichen Elementen gibt. Sollen wir dieser Handvoll dienen oder den 600 Millionen? Diese Frage stellt nicht nur die Kommunisten vor eine Entscheidung, sondern auch alle Künstler, die ihr Land lieben." In der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde diese Frage von den proletarischen Revolutionären, von der Arbeiterklasse entschieden. Die Peking-Oper wurde von einem Propagandainstrument der bürgerlichen Machthaber zu einem Propagandainstrument des Proletariats und der breiten werktätigen Massen Chinas.

„Kaiser, Könige, Generäle und Kanzler, Gelehrte und aufgedonnerte Schönheiten wurden von der Bühne verjagt; die Heldenfiguren der Arbeiter, Bauern und Soldaten sind die entscheidenden Charaktere in Literatur und Kunst geworden. Die jahrtausendelang auf dem Kopf stehende Geschichte wurde wieder auf die Füße gestellt. Unsere Literatur und Kunst widerspiegeln den Kampfesverlauf der chinesischen Revolution, schildern die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau, zeigen das Leben und den Kampf der Arbeiter, Bauern und Soldaten, preisen die Kräftigung der revolutionären neuen Dinge und besingen die großen Siege der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao."



Szene aus dem modernen revolutionären Tanzdrama „Die Rote Frauenkompanie". Der Bataillonskommandant der Roten Armee verkündet die Ernennung von Wu Tjing-hua zur Parteivertreterin der Frauenkompanie.

Eine bahnbrechende Rolle bei dieser Entwicklung hatten die revolutionären Musterstücke wie etwa „Die Rote Frauenkompanie", von der Genosse Mao Tsetung sagte: **„Die Orientierung ist richtig, die Revolutionierung ist erfolgreich dargestellt, auch künstlerisch ist es gut."** Weil diese Musterstücke gleich scharfen Pfeilen die Ideologie der Ausbeuterklassen attackieren, waren sie allen Feinden der Arbeiterklasse in China ein Dorn im Auge. Auch dem bürgerlichen Machthaber auf dem kapitalistischen Weg, Deng Hsiao-ping. „Deng Hsiao-ping erklärte hinterhältig die Musterstücke der revolutionären Bühnenkunst seien nur ‚Blüten einer einzigen Blume'. Als der Westwind wehte, setzte bald ein kalter Regen ein. Eine Handvoll von Menschen trat in seine Fußstapfen und verbreitete Unsinn. Sie versuchten nach Kräften, die beim Schaffen der Musterstücke revolutionärer Bühnenkunst gewonnenen Erfahrungen schlecht zu machen, die führende Rolle dieser Stücke zu bestreiten und ihr Grundprinzip zu entstellen. Dies ist ein Ausdruck des aktuellen Kampfes der



Genossin Djiang Tjing führte einen entschlossenen Kampf gegen die revisionistische Linie Liu Schao-tschis für Literatur und Kunst und trieb entscheidend die Revolutionierung der Peking-Oper voran.

Bourgeoisie gegen das Proletariat an der literarischen und künstlerischen Front. Die Speerspitze der Angriffe der Bourgeoisie richtet sich konzentriert auf die grundlegende Frage, ob wir beim literarischen und künstlerischen Schaffen den Klassenkampf als Hauptkettenglied betrachten und Helden des Proletariats gestalten sollen. ... Deng Hsiao-ping behauptete, die neuen Führungsgremien in Literatur und Kunst taugen nichts, sie seien nicht einmal fähig zur Leitung einer guten Literaturzeitschrift. Zugleich pries er die angeblichen Verdienste des alten Kulturministeriums und versuchte, jene ‚Fachleute' der Restauration wieder ans Ruder zu bringen, damit sie erneut die Führung in Literatur und Kunst besetzen könnten. Wäre dieses Komplott gelungen, würde die Bourgeoisie aufs neue ihre Diktatur im Bereich der Literatur und Kunst über das Proletariat ausüben. Eine gefährliche Situation!" (aus einem Artikel der Gruppe für Massenkritik an der Peking- und der Tjinghua-Universität, Peking-Rundschau Nr. 22/76).

Hieran zeigt sich, **„wie man diese Musterstücke bewertet, diese Frage bildet den Brennpunkt des Kampfes zweier Klassen, zweier Wege und zweier Linien."** (ebd.) Die Revolution der Peking-Oper, wie die Revolution auf dem gesamten Gebiet von Literatur und Kunst, ist beileibe keine „künstlerische Frage". Sie ist eine politische Frage, eine Frage des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, eine Frage von Leben und Tod für die Revolution und den Sozialismus. Das zeigt die Geschichte des Kampfes auf dem Gebiet von Literatur und Kunst in China, der niemals isoliert und zufällig vor sich ging, sondern stets Bestandteil des umfassenden Kampfes der zwei Klassen, der zwei Wege und der zwei Linien war.

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen" Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

41 Duisburg 1, (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.